

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsverwalter:
Gerd Hirschmann, Berlin.
Verleger: Emil Schatz 4100/4100



Redaktion für Verlag und Geschäftsverwalter:
Berlin O 201, Zehn-Klassen-Platz 6
Telefon: 60000

Die Zeitung wird in Cottbus.
Dr. Alfred H. ist auf dem Reichspräsidentenamt, Berlin, am 23. Nov. 1932.
an den Reichspräsidenten, dem alle seine Briefe zu übersenden sind. Berlin O 201.

Berlin, den 23. Nov. 1932.

Inst. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

"Der Führer"!

Adolf wie er ist.

SPD. Wer "der Führer" ist, was er vorgab zu sein und wie es unter seiner glorreichen Führung in Deutschland werden sollte, niemand hat es besser geschildert als er selbst; nirgends ist es deutlicher zu lesen als im "Kampf" von Adolf Hitler. Auf hunderten von breit ausgewälzten Seiten ist kein Kapitel und kein Abschnitt, der nicht "dem System", dem Parlamentarismus, den Parteien und "dem Kuhhandel" ewige Rache schwört, und wie es einmal anders sein werde, so völlig und grundlegend und radikal anders, wenn er einmal die Gelegenheit habe, er, der "Führer", Adolf Hitler!

Die Gelegenheit kam. Das elende Fiasko und der Sturz des Papenkabinetts schufen "dem Führer" freie Bahn. Ein Telegramm des Reichspräsidenten rief ihn nach Berlin, damit er seine Kunst erproben und alles anders werden lasse. Hindenburg ersuchte den geschworenen Feind des Parlamentarismus für eine Regierung Hitler die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu prüfen. Der "Führer" wies diese Zumutung nicht etwa als Verleugnung seiner Prinzipien und seiner jahrelangen Agitation entrüstet zurück. Nein, er ging den vorher hundert und tausendmal verdamnten Weg des Kuhhandels, den er und seine Partei bereits am Tage nach dem 13. August beschritten hatten. Seit diesem Tage zappelt Hitler in der eigenen Schlinge. Nach diesem Hinauswurf bei Hindenburg hatte der Kuhhandel mit dem Zentrum begonnen, hatten die Nazi die Maske des Parlamentarismus und der Verfassungshüter aufgesetzt, schauspielerte ein Goering so täuschend den Präsidenten eines Reichstags, als hätten er und sein brauner Meister nie etwas anderes gewollt als die Verewigung von Weimar. Hitler hat diesen Weg der Selbstentlarvung in diesen Novembertagen fortgesetzt. Er hat den viel befehdeten und verdamnten Kuhhandel zum Prinzip erhoben.

Mit dem geschwellenen Eifer eines seit Jahren aufgeblasenen Führertums begab sich Adolf in dem vornehmsten Berliner Hotel an die Erfüllung des ihm vom Reichspräsidenten gewordenen geschichtlichen Auftrags. Umgeben von schwirrenden Ordonnanzen, von SA- und SS-Kommandanten und mit allen Nichtigkeiten, Eitelkeiten und Hohlheiten, die das unwahre Wesen dieses Hitler und seiner Partei charakterisieren. Eine Sitzung mit dem Stab, den Unterführern und wem sonst noch jagt die andere. Der "Führer" lässt sich beraten, führen: er kuhhandelt. Der Erfolg, dass der "Erretter" Deutschlands einen Brief nach dem anderen an seinen Auftraggeber richtet und wie ein Schuljunge den Lehrer fragt, ob er richtig verstanden habe. Der Lehrer bestätigt und drängt, weil es an der Zeit sei, die Aufgabe endlich abzuliefern. Neue Beratungen, neue Konferenzen und Hilferufe an alle Schutzpatrone des Dritten Reiches. Gespenster und Mumien werden zitiert, dem Führer zu helfen, zu raten, zu erklären. Der selige Cuno aus der unseligen Inflationszeit kommt herbei. Schacht im hohen Stehkragen fährt an, die Industriebarone, Trust- und Bankmagnaten, und zu-

letzt soll selbst ein leibhaftiger Herzog den Knoten entwirren und die Schlinge zerreißen, die der Bruder von der Harzburger Front dem Führer über den Kopf geworfen hat. Vierundzwanzig, achtundvierzig, ja zweiundsiebzig Stunden vergehen mit diesen Empfängen, diesen Geisterbeschwörungen, diesem Kuhhandel. Und während es abend wird, ohne dass das Rätsel gelöst ist, fährt der "Führer" in grosser Toilette und weissgeputerten Wangen in hoher Begleitung in die Oper, lässt sich in seiner Loge bewundern, und die Aufgabe, die ihm Hindenburg aufgegeben hat? Die sollen unterdessen die Unterführer lösen, die sich in dem vornehmen Hauptquartier in den Haaren liegen. Endlich, am nächsten Abend, geht ein Bote ab, mit einem Brief, mit der Lösung? Keineswegs! Mit Ausflüchten, Phrasen, Redensarten, die nur den einen Zweck haben zu verdecken und zu verbergen, dass hinter dem "Führer" nichts anderes steckt als eine grosse Null, dass sich hinter den lauten Tönen nichts anderes verbirgt als eine grosse leere Pauke,

Ueber Nacht hatten sich der "Führer" und sein Stab eines anderen besonnen. Sie wollen keine parlamentarische Mehrheit suchen gehen, sie wollen nur bereit sein zu einem "autoritären Kabinett" wie das des Herrn von Papen, den sie deshalb so gehasst und bekämpft haben. Plötzlich hatten sie ihre Dummheit erkannt, Intrigen gewittert und Halsschlingen verspürt, mit denen sie erstickt werden sollten. Plötzlich sind sie wieder die Leute und die Partei des Antiparlamentarismus, und der Führer wieder der Anbeter der Diktatur.

So oder so! Der "Führer" ist gefangen. Als das Parlament funktionierte, war er gegen "das System". Unter der "autoritären Regierung" war er für "das System". In Wahrheit sind er und seine Partei ein System für sich, zusammengesetzt aus Phrasen und Volksbetrug zum Unglück und zum Verderben des deutschen Volkes.

SPD. Braunschweig, 23. Nov. (Eig. Drahtb)

Zwischen dem braunschweigischen Volksbildungsminister Klagges und dem Senat der Technischen Hochschule in Braunschweig ist ein heisser Kampf entbrannt.

Der Rektor der Technischen Hochschule hatte angeordnet, dass der Nationalsozialistische Studentenbund an der Toten-Gedenkfeier nicht mit seinen Fahnen und Emblemen teilnehmen dürfe. Darauf haben sich die Nazi-Studenten an Klagges gewandt, der die Verfügung des Rektors, ohne den Rektor zu hören, aufgehoben und angeordnet hat, dass die Feier in der von den Studenten gewünschten Weise stattzufinden habe. Wörtlich heisst es in der Verfügung:

"Ferner weise ich Sie (den Rektor) hierdurch an, die vorgesehene Gedenkfeier in der vom Asta vorgeschlagenen Weise stattfinden zu lassen. Die Beteiligten sind von der Erteilung dieser Erlaubnis unverzüglich zu benachrichtigen."

Der Rektor hat daraufhin am schwarzen Brett bekanntgegeben, warum er die Ortsgruppe Braunschweig des Nationalsozialistischen Studentenbundes aufgehoben habe. Es heisst in der Bekanntmachung, dass die Disziplinwidrigkeiten der nationalsozialistischen Studenten in folgendem zu erblicken seien: "Ständige Umgehung und Uebertretung der vom Senat genehmigten Satzungen der Ortsgruppe Braunschweig des Nationalsozialistischen Studentenbundes; Aufnahme und Führung von Nichtstudierenden als Mitglieder; Durchkreuzung von Anordnungen des Rektors durch Benachrichtigung von Instanzen ausserhalb der Hochschule; Mitteilungen interner Hochschul-Angelegenheiten an Persönlichkeiten des politischen Lebens und der Presse; Erteilung unrichtiger Auskünfte an den Rektor; wiederholtes Nichtbefolgen von Anordnungen des Rektors."

Es ist bezeichnend, dass diese Bekanntmachung am Mittwoch auf Anordnung

des Ministers Klagges entfernt werden musste, und zwar hat Klagges mit der Entfernung nicht etwa den Rektor der Hochschule beauftragt, sondern einen Angestellten des Hochschulsekretariats über den Kopf des Rektors hinweg. Es ist anzunehmen, dass der Senat der Technischen Hochschule gegen diese ungewöhnliche Herabsetzung des leitenden Beamten der Technischen Hochschule Stellung nehmen wird.

SPD. Dresden, 23. November (Eig. Drahtb.)

Die gesamte Auflage der sudetendeutschen Tageszeitung "Abwehr" in Warnsdorf an der böhmisch-sächsischen Grenze ist am Mittwoch von den tschechischen Behörden beschlagnahmt worden, weil in ihr Anzeigen zugunsten einer "Deutschen Woche" in Zittau und zugunsten einer Veranstaltung der Mädchenortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Zittau enthalten sind. Die tschechischen Behörden behaupten, dass der VdA als staats- und tschechenfeindlicher Verein gelte und daher derartige Anzeigen nicht aufgenommen werden dürften. Oberbürgermeister Külz-Dresden, der Vorsitzende des VdA in Sachsen, hat sofort bei Reichsstellen Schritte gegen die Unterdrückung der Zeitung unternommen.

SPD. Hitler hat die bereits für Mittwoch-Vormittag angekündigte Antwort auf den letzten Brief des Reichspräsidenten glücklich am Mittwoch-Abend überreichen lassen.

In der Antwort wird eine parlamentarische Mehrheitsbildung abgelehnt, und die Bildung einer "Präsidial-Regierung" unter der Reichskanzlerschaft Hitlers vorgeschlagen. Die parlamentarische Mehrheitsbildung wird einmal wegen der daran geknüpften Bedingungen, dann aber auch aus "grundsätzlichen" Erwägungen verworfen. Inbezug auf die Präsidial-Regierung enthält die Antwort bestimmte Vorschläge, die sich auf das Programm und die Zusammensetzung dieser Regierung beziehen. U.a. wird ein Verbot der KPD gefordert.

Die Antwort des Reichspräsidenten auf die Vorschläge Hitlers ist erst am Donnerstag zu erwarten.

SPD. Paris, 23. November (Eig. Drahtb.)

Der Direktor der Aeropostale, Bouilloux-Lafont junior, ist am Mittwoch-Vormittag verhaftet worden und unter Anklage der Fälschung von Dokumenten ins Gefängnis eingeliefert worden.

Die Verhaftung wird damit erklärt, dass der Untersuchungsrichter im Laufe der letzten Vernehmungen die Gewissheit erlangt habe, dass Bouilloux-Lafont nicht im guten Glauben gehandelt sondern genau gewusst habe, dass die von ihm eingereichten Dokumente, auf die er seine Klage gegen den Direktor der Handelsluftschiffahrt und den Direktor der Flugzeug-Motorenfabrik Gnôme et Rhône stützte, Fälschungen seien. Mit der Verhaftung ist der Förderung eines grossen Teils der öffentlichen Meinung und wahrscheinlich auch des Luftministers Genüge getan, der am vorigen Freitag in der Kammer mehrmals den Anklagen des Sozialisten Renaudel gegen den Direktor der Aeropostale zustimmte.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag wegen der Krawalle an der Breslauer Universität folgende Grosse Anfrage eingebracht: "Seit mehr als einer Woche spielen sich schwere Krawalle in der Breslauer Universität ab, die wiederholt zur Schliessung der Universität geführt haben. Nationalsozialistische Studenten, aufgehetzt durch das nationalsozialistische Blatt "Schlesische Tageszeitung" und unterstützt durch die Haltung der "Schlesischen Zeitung", versuchen die Vorlesungen des auf Grund des Vorschlags der juristischen Fakultät nach Breslau berufenen Universitätsprofessors Dr. Cohn unmöglich zu machen. Im Verlaufe ihrer Demonstrationen sind sie dazu übergegangen, den Hörsaal, in dem Professor Cohn liest, mit Tränengasbomben zu belegen; sie haben andersgesinnte Studenten misshandelt und zwei jüdische Studenten niedergeschlagen, so dass der eine von ihnen mit schweren inneren Verletzungen von Sanitätsmannschaften auf der Bahre ins Krankenhaus geschafft werden musste.

Die Staatsgewalt hat sich gegenüber den randalierenden Studenten, die die Stätte der Wissenschaft zum Tummelplatz wüster Ausschreitungen machen, nicht durchgesetzt. Der Dekan der juristischen Fakultät, Prof. Waldecker, hat sein Amt niedergelegt. Den zur Aufrechterhaltung des Universitätsbetriebes und der Sicherheit und Ordnung berufenen Organen des Staates ist es bisher nicht gelungen, sich gegenüber den Radaustudenten durchzusetzen.

In den 14 Jahren, in denen die sozialdemokratischen Minister Haenisch und Grimme, der linksstehende Minister Becker und der volksparteiliche Minister Boelitz das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verwaltet haben, hat sich ein Universitätsskandal in Breslau nicht ereignet. Erst seitdem Herr Professor Dr. Kähler als Reichskommissar für Preussen das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verwaltet und zur Wiederherstellung der angeblich gefährdeten Sicherheit und Ordnung berufen ist, ist die Sicherheit und Ordnung in der Breslauer Universität, die unter "marxistischen" Ministern niemals gelitten hat, erstmalig gefährdet worden. Darüber, dass Reichskommissar Kähler zur Wiederherstellung der unter ihm gestörten Sicherheit und Ordnung Schritte unternommen hat, ist bisher nichts bekannt geworden.

Wir fragen das Staatsministerium: Was hat der Reichskommissar zur Sicherung der ungestörten Durchführung der Vorlesungen und Uebungen an der Breslauer Universität unternommen?

SPD. Dresden, 23. November (Eig. Drahtb.)
In Dresden und Freital hat Hitler einen Teil der SA und SS mobilisiert. In der Nacht zum Mittwoch sind grössere Trupps feldmarschmässig gepackt vom Dresdner Hauptbahnhof nach Berlin abgegangen.

SPD. In Ostpreussen war es der Naziagitation im Frühjahr gelungen, die Zweidrittelmehrheit in der Landwirtschaftskammer zu erlangen. Auf der einen Seite wurde dem Landarbeiter der höchste Lohn und 40 Morgen eignes Land von den Braunen Häusern versprochen. Den Junkern und Grossgrundbesitzern aber verhiess Hitler die billigsten Arbeitskräfte, die Verewigung der Latifundien und des Grossgrundbesitzes. Als so eine Nazimehrheit in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer erreicht war, wurde der Nazijunker Freiherr von Buttlar zum Vorsitzenden gewählt,

Wenige Monate später musste Buttlar sein Amt niederlegen; obendrein wurde er aus der Naziartei ausgeschlossen. Buttlar setzt sich jetzt zur Wehr und so erfährt die Öffentlichkeit die Gründe dieses Hinauswurfs. Im Braunen Haus in München sitzt als landwirtschaftlicher Oberbonze und Agrar-

politiker Dr. Pj. (Postenjäger) Darré. Er war ehemals Angestellter der ostpreussischen Landwirtschaftskammer. Dieser skrupellose Naziagitator führt einen Rachezug gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten, den früheren deutschnationalen Kammerpräsidenten Brandes. Im Privatinteresse von Darré sollte der Nazipräsident Buttler den Kampf gegen Brandes weiterführen und das Material zu einem Prozess liefern. Das hat Buttler verweigert. Sein Ansehen im Braunen Hause ging aber völlig verloren, weil er sich nicht den Wünschen des Nazigauleiters für Ostpreussen, Pj. Koch, fügte. Buttler hatte vielmehr verlangt, dass dieser berüchtigte Sudekoch aus der Naziartei ausgeschlossen werde. Warum?

In einem deutschnationalen Verlag wird im Auftrage der Landwirtschaftskammer die Zeitschrift "Georgine" gedruckt. Koch verlangte, Buttler solle ihm den Druckauftrag überweisen, obwohl der Nazigauleiter weder eine Druckerei besitzt noch eine Maschine. Buttler fürchtete, sich durch eine solche von Koch geforderte Schiebung strafbar zu machen und dass Koch, wenn einmal der Auftrag erteilt sei, mit immer neuen Geldforderungen und Zuschüssen für die Zeitschrift an die Landwirtschaftskammer herantreten würde. Also lehnte Buttler die Schiebung ab. Darob grosser Krach mit Koch, Beschwerde an das Braune Haus mit dem Ergebnis, dass Buttler hinausflog während der Schieber Koch Gauleiter von Ostpreussen bleibt und dort weiter den Kampf führen kann gegen "das System" und für die Rettung und Reinigung Deutschlands!

SPD. Eisleben, 23. November (Eig. Drahtb)

In der Ortsgruppe Eisleben der NSDAP, wo es schon lange gekracht hat, ist jetzt die Opposition ausgeschlossen worden. Sie wendet sich mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, in dem recht erbauliche Dinge zu lesen sind. Der frühere NSDAP-Funktionär Wohlfahrt schreibt da u.a.:

"SA-Kameraden! Revolutionäre der NSDAP! Könnt Ihr es vor Eurem Gewissen noch länger verantworten, diesen Weg in den parlamentarischen Sumpf, in die Bürgerlichkeit, in die völlige Verbonzung noch weiter mitzugehen? Die hochbezahlten Bonzen mit ihren Luxusautos und der gubbürgerlichen Lebenshaltung haben mit Ausnahme von wenigen beständigen Kerlen doch kein Interesse an der Revolution, sondern nur an einer möglichst hohen Zahl beitragszahlender Mitglieder."

Für diese nicht nur für Eisleben zutreffende Kennzeichnung nationalsozialistischer Führerqualitäten haben zweifellos Eisleber "Bonzen" dem revolutionären Verfasser dieses Hilfeschreies Modell gestanden. Es bröckelt oben und unten in der NSDAP.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags kam es am Mittwoch zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen den Harzburgern.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Hinkler (Nat. Soz.) nahm zu Beginn der Sitzung Bezug auf einen Bericht, der in einer deutschnationalen Zeitung über die Dienstsitzung des Hauptausschusses erschienen ist und richtete aus diesem Anlass scharfe Angriffe gegen die anwesenden Vertreter der Deutschnationalen. Der Bericht, so erklärte Hinkler, enthalte ebensoviel Sätze wie Unwahrheiten, und er müsse diesen Bericht den an der Dienstsitzung des Hauptausschusses teilnehmenden deutschnationalen Abgeordneten Borck und Ebersbach in die Schuhe schieben, denn sonst sei niemand von der Presse dagewesen. Namens des Ausschusses müsse er diese unerhörte deutschnationale Frechheit auf das schärfste zurückweisen. Es kam darauf zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen dem Vorsitzenden, Abg. Hinkler (Nat. Soz.) und dem deutschnationalen Abg. Ebersbach,

der wiederholt um das Wort bat, um zu den Angriffen des Abg. Hinkler Stellung zu nehmen. In heftigster Erregung verweigerte der Vorsitzende die Worterteilung, wobei er dem Abg. Ebersbach noch zurief: "Wenn ich rede, haben Sie hier den Mund zu halten". Darauf verliessen die deutschnationalen Vertreter den Saal.

Dieser Vorfall ist angesichts der gegenwärtigen deutschnationalen Bemühungen zur Wiederherstellung der Harzburger Front besonders interessant.

SPD. Genf, 23. November (Eig. Drahtb.)

Im Völkerbundsrat wurde am Mittwoch wieder stundenlang zwischen den Vertretern Japans und Chinas um den Lytton-Bericht gekämpft.

Der japanische Delegierte Matsuoka bediente sich in seiner Antwort auf Chinas Ausführungen der alten Methode, in den nebensächlichen geschichtlichen Fragen seinem Gegner Irrtümer und Gebrauch des gefälschten sogenannten Kanaka Memorandums nachzusagen. Diese Taktik sollte besonderen Eindruck auf die amerikanische Öffentlichkeit machen, deren Pressevertreter der Redner mit den sogenannten Beweisen gegen jede Eroberungsabsicht seines Landes wiederholt direkt ansprach. So denunzierte er auch den Boykott als eine Kampfmethodē der chinesischen Regierung, die viel gefährlicher sei als ein bewaffneter Akt der legitimen Selbstverteidigung. Die fremdenfeindliche Erziehung der chinesischen Jugend werde die Welt noch vor eine Riesengefahr stellen, gegen die der Mandschurei-Konflikt nur noch eine Episode sein werde. Japans Absichten seien immer friedlich gewesen.

Der chinesische Aussenminister Wellington-Koo antwortete, wenn das Kanaka Memorandum bestritten würde, so beweise die praktische Haltung Kanakas als Ministerpräsident gegen die Mandschurei Schritt für Schritt durch Taten die Richtigkeit der Eroberungsidee dieses Dokuments. Japan habe auch China mit Drohungen gezwungen, die 21 Bedingungen für die völlige Unterwerfung Chinas 1915 erst geheim zu halten. Wenn der japanische Vertreter sage, der Boykott sei schlimmer als eine bewaffnete Besetzung dreier Provinzen, so müsse er antworten, dass China ein japanischer Boykott lieber gewesen wäre. Mit der Behauptung, Japan habe den dringenden Wunsch China zuhelfen, könne Japan keinen Eindruck machen. Wenn Bomben, Tanks, Tötung von Zehntausenden und die gewaltsame Abtrennung von drei Provinzen die Hilfe für China sein sollte, dann bedanke sich China bestens für solche Hilfe, die niemand verstehen könne. Der Pazifismus Japans werde gekennzeichnet durch den Weg der Eroberungen von Korea, Formosa, Sachalin und jetzt der ganzen Mandschurei.

SPD. Stockholm, 23. November (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Regierung hat eine Kürzung des Militärbudgets für das Jahr 1933 um 20 Millionen Kronen beschlossen und die einzelnen Militärverwaltungen aufgefordert, ihre Voranschläge dementsprechend herabzusetzen. Die Posten für das Heer sollen um 11,5 Millionen Kronen, für die Marine um 8 und für das Kriegsflugwesen um eine Million Kronen vermindert werden. Ausserdem soll im nächsten Jahr die Rekrutierung stark eingeschränkt werden.

Die Kürzung des Militäretats hat in der gesamten bürgerlichen Presse Schwedens einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

SPD. Dessau, 23. November (Eig. Drahtb.)

Die anhaltische Nazi-Regierung hat die Einnahmen aus der einzuführenden Schlachtsteuer von Dezember 1932 bis März 1933 mit 350 000 Mark veranschlagt. Danach belastet die Nazi-Regierung das kleine Anhalt, rund 350 000 Menschen, pro Jahr mit einer Fleischsteuer von 1,050 Millionen Mark.

SPD. Karlsruhe, 23. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags nahm am Mittwoch die mit der katholischen und evangelischen Kirche abgeschlossenen Konkordate mit 10 Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei an. Die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

SPD. Die kommissarische Preussische Staatsregierung hat beschlossen, die von ihr verfügte Neugliederung der Landkreise wieder einmal in einigen Punkten abzuändern. Während ursprünglich nach dem vorgesehenen Zusammenschluss der Landkreise Sagan und Sprottau der Kreissitz nach Sprottau verlegt werden sollte, wird nunmehr Sagen als Kreissitz bestimmt werden. Eine ähnliche Änderung ist für die zusammengeschlossenen Kreise Diepholz und Suhlingen dahin vorgesehen, dass anstatt Suhlingen, wie zuerst verfügt, nunmehr Diepholz Kreissitz wird. Dagegen ist die Streitfrage für die zusammengelegten Kreise Dannenberg und Lüchow im Regierungsbezirk Lüneburg dahin entschieden worden, dass Dannenberg Kreissitz bleibt.

SPD. Paris, 23. November (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Berichterstatte des "Temps" meldet, dass Kriegsminister Paul Bondour am Mittwoch in einer Unterredung mit dem amerikanischen Delegierten Davis den Standpunkt Frankreichs in der Gleichberechtigungsfrage folgendermaßen zusammengefasst habe:

Die französische Delegation habe einen Plan eingereicht, der das Ziel verfolge, in Etappen zu einer Gleichheit der Militärstatute in Europa zu führen, für die aber bestimmte Garantien festgesetzt sind. Der französische Plan sei ein Ganzes. Daher könne Frankreich nicht seine Zustimmung zu dem Prinzip der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen ausserhalb der Durchführungsbestimmungen für dieses Prinzip geben. An diesem logischen Standpunkt werde die französische Delegation festhalten, aber sie wolle sich deswegen nicht weigern, an den Verhandlungen teilzunehmen, die die angelsächsischen Delegationen in Genf über diese Frage führen.

Der Korrespondent des "Temps" fügt hinzu, dass man über das Ergebnis dieser Verhandlungen pessimistisch zu werden beginne, zumal von Neurath seine Abreise für Sonnabend angekündigt habe. Man habe bereits jede Hoffnung auf die Einberufung des Gesamtausschusses zum 28. November aufgegeben und der Vorsitzende der Konferenz habe sich darüber Rechenschaft abgelegt, dass es unnütz sei, ohne Deutschland weiterzuberaten.

SPD. Stockholm, 23. November (Eig. Dr.)

Die seit dem 15. November in Stockholm geführten Verhandlungen über das neue deutsch-schwedische Handelsabkommen sind unterbrochen worden. Die Kommissionen werden jetzt zunächst ihren Regierungen über den Stand der Besprechungen berichten und Instruktionen einholen. Wo die Verhandlungen fortgesetzt werden ist noch unbestimmt.

Aus aller Welt

Wohlfahrtsschieber Tillich.

Der deutschnationale Geheimrat als Devisenschieber - Ein Prozess der "guten Gesellschaft".

SPD. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte begann am Mittwoch der auf mehrere Tage berechnete Prozess "Borchardt und Genossen". Angeklagt sind: Kaufmann Dr. Adolf Borchardt, 12 Jahre lang generalbevollmächtigter Vermögensverwalter des Grossindustriellen Thyssen; der deutschnationale Geheime Regierungsrat Tillich, Bürodirektor im Preussischen Wohlfahrtsministerium, ehemals Bürochef im Zivilkabinett des Kaisers; Makler Heinrich Holländer; Bankdetektiv Leonhard Kubbernuss; Bergwerksdirektor Gustav Cordes; Rittmeister a.D. Scheek und Kaufmann Wilhelm Brauser. Fast sämtliche Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft.

+

Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Zollfahndungsstelle haben festgestellt, dass die Angeklagten Devisenschiebungen in Höhe von über 3 Millionen Mark planten. Zur Ausführung kamen jedoch nur Effektengeschäfte in Höhe von etwa 200 000 Mark. Zuerst dürfte sich der Angeklagte Holländer mit den Dingen befasst haben. Er leitete deutsche Papiere aus ausländischem Besitz im Wert von etwa 500 000 Mark an Kubbernuss weiter. Ueber Borchardt und Cordes kamen dann die Papiere zum Berliner Bankier Uhlig, der sie auf das Konto des Geheimrat Tillich überführte. Aber eines Tages schöpfte Uhlig Verdacht. Er informierte die Zollfahndungsstelle, die mit Entschiedenheit und Erfolg eingriff: Kubbernuss, der als erster verhaftet wurde, verfügte noch für über 375 000 Mark Effekten, die den gleichen Schwindelweg gehen sollten. Tillich erklärte, bei seiner Verhaftung, dass er die Papiere von einem gewissen "Dr.N." für Wahlpropagandazwecke erhalten habe; dann wieder teilte er mit, dass der Gegenwert der Effekten über den Angeklagten Brauser an den Reichserwerbslosenverband übermittelt worden sei.

Allem Anschein nach ist der Reichserwerbslosenverband hinter Licht geführt worden. In dem man ihm fingierte Geldunterstützungen vom Reich zusagte, veranlasste man ihn, Quittungen hierüber im Voraus auszustellen. Das Reich hat gar nicht daran gedacht, dem Reichserwerbslosenverband irgendwelche Extrazuschüsse zu gewähren. Aber Tillich gebrauchte die Quittungen gegenüber der Uhlig-Bank als Unterlagen für seine zweifelhaften Geschäfte.

+

Die Anklage lautet in der Hauptsache auf Devisenvergehen und versuchte Erschleichung von behördlichen Genehmigungen. Einige der Angeklagten werden der Beihilfe hierzu beschuldigt. Bevor die Verhandlung begann, teilte der Vorsitzende mit, dass sich im Untersuchungsgefängnis verschiedene Anwälte bei den Angeklagten mit dem Ersuchen um Verteidigung gemeldet hätten, ohne dass die Angeklagten Unterstützung von dieser Seite wünschten. Ähnliches sei auch bei anderen Devisenprozessen der Fall gewesen. Staatsanwalt: "Diese Anwälte sind wahrscheinlich die Vertreter derjenigen Kreise, die hinter den Angeklagten stehen". Vors.: "Wir werden jedenfalls diesen Dingen nachgehen."

+

Landgerichtsdirektor Rosemann vernahm zuerst den Angeklagten Scheek. Er

erklärte, dass er unschuldig sei, bzw. es aber nur mangelhaft. Der nächste Angeklagte, Dr. Borchardt, mimte den Geheimnisvollen: er könne nichts sagen, um nicht die Staatssicherheit zu gefährden. Nachdem Vorsitzender und Staatsanwalt erklärt hatten, dass es bei der Schiebung nichts zu verbergen gebe, meinte der Angeklagte schliesslich, dass er die Effekten durch die Vermittlung eines Herrn Wagner-Beckers von einem Bankier Prowe in Moskau erhalten habe. Vors.: "Wie haben Sie denn mit Prowe verkehrt?" Angekl.: "Immer nur schriftlich." Vors.: "Das ist ja äusserst merkwürdig. Wo lebt denn Herr Prowe?" Angekl.: "In Moskau". Vors.: "Erreichen ihn denn dort Briefe und wie hat man sie zu adressieren?" Angekl.: "Einfach: an Herrn Prowe in Moskau". Vors.: "Donnerwetter, und das kommt an? Da wollen wir gleich den Versuch machen und auf diese Weise an Herrn Prowe schreiben. Ich gebe Ihnen jede Schreiberlaubnis." (Heiterkeit) Da wird der Angeklagte recht kleinlaut... Das Bild des rettenden Prowe-Engels verschwindet wieder am unendlichen Himmel Russlands.

+

Geheimrat Tillich bekundete, dass er Borchardt, den er schon seit längerer Zeit kannte, eines Tages gesagt habe, dass er gern einen kleinen Nebenverdienst hätte. Borchardts angebliche Antwort: "Herr Geheimrat, ich habe etwas für Sie. Wir wollen Erdölbohrungen in Hannover vornehmen und dazu eine Gesellschaft gründen, in der Sie einen Aufsichtsratsposten erhalten könnten. Es ist aber dazu eine einwandfreie Bankverbindung nötig." Aus diesem Grunde richtete Tillich, wie er jetzt vor Gericht behauptet, bei der Dresdener Bank, angeblich im Vertrauen auf Borchardt und den Bevollmächtigten Cordes, zwei Konten ein: ein Konto Terra-banca und ein zweites Konto für die Preussische Erdölgesellschaft. Vors.: "Es wurden nun auf Ihrem Konto Effekten eingezahlt. Die Dresdener Bank schrieb wiederholt an Sie, woher die Effekten stammen. Sie gaben keine Antwort." Angeklagter: "Ich habe die Briefe Dr. Borchardt zur Erledigung gegeben. Ich war im besten Glauben, dass alles in schönster Ordnung sei." Vors.: "Haben Sie sich keine Gedanken gemacht, als der Erlös an Cordes ging?" Angekl.: "Cordes hat auf mich keinen ungünstigen Eindruck gemacht." Vors.: "Das muss ja aus Ihren Tagebüchern hervorgehen" - der Vorsitzende verliest ein paar Abschnitte; sie enthalten nichts Wesentliches; es finden sich auch Eintragungen über das Wetter... Verteidiger: "Es ist im allgemeinen nicht die Eigenschaft von Devisenschiebern, dass sie genaue Tagebücher führen." Vors.: "Es gibt auch da Pedanten."

+

+

+

Die Todesbahn. In der Nähe von Covasna (siebenbürgische Karpathen) ereignete sich ein schweres und besonders seltsames Unglück, bei dem drei Personen ums Leben kamen und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Fünf Ausflügler hatten in einer Drahtseilbahn, die sonst nur zum Holztransport dient, eine Fahrt auf einen Karpathengipfel unternommen. Als sich das Fahrzeug in erheblicher Höhe befand, erlitt der Mechaniker, der vom Maschinenhaus aus die Zirkulation leitete, einen Schwächeanfall und fiel auf den Regulator. Infolge dieses unglücklichen Zwischenfalls setzte das führerlose Fahrzeug mit erhöhter Geschwindigkeit seine Bergfahrt fort, während oben eine mit Holz beladene Lore in Bewegung geriet und talwärts sauste. In etwa 1400 Meter Höhe stiessen die beiden Fahrzeuge zusammen. Drei Personen, unter ihnen zwei Frauen, wurden auf der Stelle getötet und stürzten mit den Trümmern in die Tiefe. Ein Teil des Fahrzeuges blieb am Seil hängen, sauste talwärts und ging unten in Stücke. Die beiden Insassen des Fahrzeuggrumpfes, die beim ersten Anprall vermutlich nur leicht verwundet worden waren, erlitten hierbei so schwere Verletzungen, dass gleichfalls ihr Tod befürchtet werden muss.

+

+

+

Die Rabenmutter. Gegen Frau Martha Boddin aus Berlin N., die ihr Kind, die sechsjährige Rosemarie, in unmenschlicher Weise misshandelte, wurde am Mittwoch wegen versuchten Mordes in zwei Fällen Haftbefehl erlassen. Das Mitgefühl, das die Berliner Bevölkerung dem unglücklichen Kinde entgegenbringt, zeigt sich in zahlreichen ihm zugedachten und im Krankenhaus abgegebenen Geschenken von Kleidern, Wäsche und Spielsachen.

+ + +
Neuer Grossender. Der Münchner Grossender auf Welle 563 k/Hz (533 m) hat seinen regelmässigen Probetrieb mit gutem Erfolg aufgenommen. Die endgültige, offizielle Eröffnung des neuen vorerst mit einer Energie von 75 Kilowatt arbeitenden Senders dürfte in etwa 14 Tagen erfolgen.

+ + +
Drama des Genies. Vom Schöffengericht Halle wurde ein Maler wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Der Angeklagte hat Bilder im Stile Leistikows, Skarbinots, Menzels, Defreggers und Trübners gemalt und mit dem Signum der jeweiligen Künstler versehen. Die Bilder waren so hervorragend, dass Kunsthändler sie ihm als "echt" abnahmen und namhafte Kunstexperten sie in Gutachten als "echt" bestätigten.

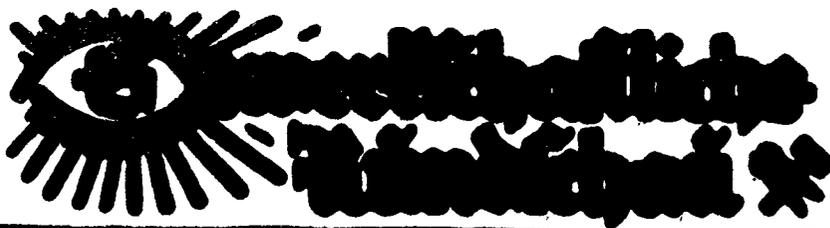
Das Gericht kam zu einem milden Urteil, weil es erkannte, dass der Angeklagte, der sich früher von seiner begabten Hände Arbeit redlich ernährte, in grosser wirtschaftlicher Notlage gehandelt habe.

+ + +
Der Würger. Im Linzer Prozess gegen den siebenfachen Frauenmörder Leitgöb bleibt der Angeklagte bei seiner Darstellung, nach der er nicht ein gewöhnlicher Raubmörder, sondern ein Opfer seines übermächtigen Sexualtriebs sein will. Er verwehrt sich dagegen, dass jeder Raub, der im Anschluss an seine Morde festgestellt wurde, ihm zur Last gelegt wird - empört erklärt er immer wieder: "Auf Leitgöb soll jetzt alles draufdividiert werden; gibt noch andere, die stehlen." Auch bleibt er dabei, dass seine 80jährige Grossmutter tolle Perversitäten mit ihm getrieben habe, bevor er sie im "Sexualrausch" umbrachte. Der Vorsitzende macht demgegenüber geltend, dass die Grossmutter noch kurz vor ihrem gewaltsamen Tode einen um mehrere Jahrzehnte jüngeren Mann geheiratet habe, der sich vorher schriftlich ausbedungen hätte, dass die Greisin keinerlei Intimitäten mit ihm vorzunehmen beabsichtige. Mitleidig fügte der Staatsanwalt hinzu: "Jetzt ist der arme Leitgöb gar noch verführt worden."

+ + +
§ 218 - Riesenprozess. Vor dem Gericht in Darmstadt soll sich demnächst ein Naturheilkundiger wegen Vergehens gegen die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches verantworten. Der Angeklagte, der sich seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft befindet, hat bei nahezu 100 Frauen und Mädchen unter Mitwirkung dritter Personen gewerbsmässig Eingriffe vorgenommen. Möglicherweise werden auch viele der Behandelten auf die Anklagebank kommen.

+ + +
Steckengeblieben... In der Nähe von Marburg stiess ein Erdarbeiter mit seiner Spitzhacke gegen einen steckengebliebenen Sprengkörper. Das Geschoss explodierte. Der Arbeiter wurde getötet, zwei seiner Kollegen erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

+ + +
Studentenliebe. In Berlin wurde ein 27jähriger Student unter der Beschuldigung der Urkundenfälschung festgenommen. Er hat seiner jungen Freundin, gleichfalls einer Studentin, in einem Zeugnis-Vordruck aus zwei schlechten Noten zwei gute gemacht....



Wie sie lügen.

SPD. Die kommunistische Presse muss, um ihre gewerkschaftliche Ohnmacht zu vertuschen, "siegreiche Kämpfe" fabrizieren, damit die so oft enttäuschten Gläubigen bei der Stange bleiben. Dieser Schwindel wurde in den letzten Wochen, als sich die Gewerkschaften in zahlreichen Fällen gegen die Lohnkürzung wandten, besonders eifrig geübt. So stellte die Berliner "Rote Fahne" (Nr. 201) unter der Balkenüberschrift "Streiker gegen Streikbrecher - Die Reformisten "führen" zur Niederlage, die RGO führt zum Siege" mehrere Fälle von "Verrat der Reformisten" den "Streiksiegen" der RGO gegenüber. Wir haben uns die Mühe genommen, diese Fälle näher anzusehen. Hier das Ergebnis:

Die Berliner "Rote Fahne" berichtet über einen Streik in der Eisengießerei Schwartz-Düsseldorf: "Durch die Streikmobilisierung der RGO tritt die Belegschaft geschlossen in den Kampf gegen Lohnabbau. Die Reformisten reißen die Führung an sich und würgen den Streik ab. Das Resultat Lohnabbau. Die RGO mobilisiert erneut den Kampf und übernimmt die Führung. Die Belegschaft streikt und siegt. Der Lohnabbau ist abgewehrt."

Tatbestand: Die RGO versuchte, einen Streik zu entfachen, indem sie mit "schlagenden" Argumenten einem Teil der Arbeiter das Betreten der Fabrik unmöglich machte. Für den Betrieb bestand ein Tarifvertrag. Die Bewegung lag von Anfang an in den Händen der beteiligten Gewerkschaften. Die Verhandlungen der Organisationsvertreter ergaben zwar keine Annullierung, aber eine Milderung des Lohnabzuges. Die Belegschaftsversammlung entschied sich - aufgestachelt durch einige RGO-Drahtzieher - für Weiterstreiken. Am andern Morgen standen jedoch die RGO-Macher, die in der Versammlung am lautesten schrieten, als erste an ihren Formmaschinen; und diese RGO-Leute sind es auch, die trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit jeden Tag eine Ueberstunde schieben. DMV - und Gewerkverein-Kollegen drängten, weil bereits viele arbeiteten, erneut auf Verhandlungen, und die darauf hin folgende Aussprache mit der Firma führte - dank dem tatkräftigen Eingreifen des Betriebsrates (Mitglieder der Gewerkschaften - zur Zurückziehung des Lohnabzugs.

Die Berliner "Rote Fahne" meldet über eine Streikaktion bei der Wilhelmshütte in Bornum a. Harz: "Die Direktion kündigt auf Grund der Notverordnung einen Lohnabbau an. Die RGO mobilisiert die Belegschaft, die Kollegen beschliessen den Streik. Der Vertreter des DMV erklärt den Streik als wild. Der Streik beginnt, die Reformisten versuchen, den Streik abzuwürgen. Die Belegschaft hält geschlossen durch, der Streik wird siegreich beendet".

Tatbestand: Die Wilhelmshütte in Bornum wollte aufgrund der Notverordnung Lohnabzüge durchführen. Der DMV in Hildesheim wies die Kollegen an, keinesfalls auf einen Lohnabzug einzugehen und umgehend eine Betriebsversammlung einzuberufen. Die Betriebsversammlung entschied für den Streik. Der Firma wurde vom DMV mitgeteilt, dass der Verband sich voll und ganz der Abwehraktion anschliesse. Nach mündlicher Aussprache mit dem DMV setzte sich die Firma mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung, der der Firma die Anweisung gab, bis zur Klärung der Rechtslage den Anschlag zurückzuziehen, wodurch die Streikaktion als erledigt betrachtet werden konnte.-

Die Berliner "Rote Fahne" (Nr.189) meldet: "Unter Führung der RGO wurden im Hochofenwerk der Dortmunder Union ausser der restlichen Lohnzahlung vom 10. Oktober durch Arbeitsniederlegung 6 % Lohnarhöhung erkämpft. Im Walzwerk IV der Dortmunder Union wurde unter Führung der RGO die Zurücknahme der Prämienkürzung (60 auf 40 %) erreicht. Ausserdem die Gutschrift von 25 Tonnen pro Kopf und Tag erkämpft, was eine Lohnerhöhung von 50 % ausmacht. Im Hoesch-Werk-Dortmund wurde der Lohnraub unter Führung der RGO zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weiter bezahlt trotz Neueinstellung".

Bezeichnenderweise wird in der Siegesmeldung über die Streikaktion im Hochofenwerk der Dortmunder Union in der Nr.201 der "Roten Fahne" nicht mehr von 6 %, sondern nur noch von 2,6 % Lohnerhöhung geredet.

Tatbestand: Auf dem Hochofenwerk der Dortmunder Union wurde weder gestreikt noch eine Lohnerhöhung erreicht. Im Walzwerk IV des gleichen Werkes wurde von der Leitung versucht, eine Kürzung der Prämien von 60 auf 40 % zu erreichen. Durch das Eingreifen des Betriebsrats ist jedoch die Kürzung damals verhindert worden. Erst am 11. November hat die Direktion bekanntgegeben, dass sie auf Grund der Notverordnung den Lohnabbau durchzuführen gedenke. In zwei Versammlungen nahm dazu die Belegschaft der Dortmunder Union Stellung. Aus dem Verhandlungsbericht des Betriebsratsvorsitzenden ging hervor, dass die Betriebsleitung unter allen Umständen an dem Lohnabzug von 10 v.H. für die 31. bis 40. Stunde festhalten und nur einige Härten abstellen wolle. So soll vor allem im Thomaswerk, das jetzt in vier Schichten arbeitet, schon in den nächsten Wochen wieder die dreimal Achtstundenschicht eingeführt werden. In der Aussprache forderten einige RGO-Leute zum Kampf unter der Führung der RGO auf, doch herrschte recht betretenes Schweigen, als diese Strategen erfuhren, dass im Arbeiterrat nicht die Gewerkschafter, sondern die RGO-Leute in der Mehrheit sind, diese aber garnicht daran dachten, offen den Streik zu fordern.

Bei v.d.Beke (Hoesch-Konzern) sollen die Gewerkschaften den "Streik abgewürgt" haben. Von der ganzen Belegschaft war nur einer freigewerkschaftlich organisiert, sechs waren bei den Christen, die übrigen bei der RGO, so dass die volle Verantwortung für diesen verlorenen Arbeitskampf der RGO zufällt.

In der Union-Versammlung hatten die RGO-Leute auch behauptet, der Betriebsratsvorsitzende bei Hoesch habe den Streikwillen durch die Behauptung unterbunden, dass für Hoesch kein Lohnabzug in Frage komme. Der Betriebsratsvorsitzende hatte jedoch ganz eingehend vom Lohnabzug Kenntnis gegeben. Bei der Abstimmung der Hoesch-Belegschaft hatte aber nur ein Dutzend der vorher so lauten radikalen RGO-Schreier den Mut gehabt, für den Streik zu stimmen.

In den beiden Union-Versammlungen wurde festgestellt, dass die Schwäche der Belegschaft nur in der mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation zu suchen ist. Es wäre ein leichtes gewesen, die Versammlung durch grosse Redensarten nach dem Muster der schlechten Strategen von der RGO zu einer Abstimmung über einen Streik zu bringen, doch war das traurige Schauspiel noch nicht vergessen, wie im Juli 1931 gerade die "radikalen" Schreier mit Jubel für einen Streik gestimmt hatten, um am andern Morgen still und leise zur Arbeit anzutreten.

Fortsetzung folgt.

SPD. Bremen, 23. Nov. (Eig. Drahtb.)

Das 50jährige Bestehen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wurde im Rahmen des Bremer Verbandstags im Volkshaus in schlichter und doch wirkungsvoller Form gefeiert.

Der erste Vorsitzende des Verbandes, Husung, beleuchtete in seiner Festansprache die kampf- und erfolgreiche Arbeit des Verbandes, auf die freier

ganisierten Tabakarbeiter mit Stolz zurückblicken können. Die Tabakarbeiter haben sich, gezwungen durch unmenschliche Arbeitsverhältnisse, schon eher als andere Arbeitergruppen zu Organisationen zusammengeschlossen. Schon in der Revolution von 1848 traten sie als selbständige Organisation auf. Das mühsam aufgebaute Werk wurde von der Reaktion wieder zerschlagen. Es wurde aber ein zweites und ein drittes Mal neu aufgebaut. Im November 1882 erfolgte die Gründung eines Reise-Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter. Aus der kleinen Organisation wurde im Laufe der Jahre der mächtige Deutsche Tabakarbeiter-Verband. Die letzten 50 Jahren waren reich an Kämpfen. In Hamburg war im Jahre 1890/91 die erste grosse Aussperrung der Tabakarbeiter. Die Kämpfe der Zigarrenarbeiter in Nordhausen im Jahre 1901, in Dresden im Jahre 1905 und in der Giessener Zigarrenherstellung im Jahre 1907 zeigten, wie stark die Tabakarbeiter von den Unternehmern bekämpft wurden. Auch nach dem Krieg hatte der Verband manchen Strauss auszufechten. In guter Erinnerung ist noch die grosse Aussperrung vom Jahr 1927, von der rund 90 000 Tabakarbeiter betroffen wurden. Auch dieser Kampf führte dank der guten Organisation zu einem materiellen und moralischen Erfolg für die Tabakarbeiter.

Der Verband war und ist eine Kampforganisation. Seit seinem Bestehen wurden an Streik-, Aussperrungs- und Gemassregeltenunterstützung 5 355 692 Mark an die Mitglieder gezahlt. An Rechtsschutz-, Arbeitslosen-, Kranken- und sonstigen Unterstützungen leistete der Verband 7 543 000 Mark. Allein in den letzten vier Jahren zahlte der Verband an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 1 428 000 Mark an die Mitglieder.

Herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung richtete der Verbandsvorsitzende an die noch lebenden 13 Veteranen und Mitgründer des Tabakarbeiterverbandes und an alle anderen, die am Aufbau der freigewerkschaftlichen Organisation mitgearbeitet haben.

+

Auf dem Verbandstag sprach am Mittwoch Eggert vom Bundesvorstand des ADGB über die "Lage der Weltwirtschaft". Seine kritische Beleuchtung der bankrotten Führung der freien Wirtschaft mündete in eine klare und überzeugende Begründung der von den freien Gewerkschaften geforderten grossen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen.

Eine Privatindustrie, die sich mit öffentlichen Mitteln aushalten lässt, ohne aber der öffentlichen Kontrolle zu unterstehen - das ist - so führte Eggert unter starkem Beifall aus - ein unhaltbarer Zustand. Ueberlässt man diese Wirtschaft der Willkür der kapitalistischen Wirtschaftsführung, dann wird höchstens diese, nicht aber die Wirtschaft und ebenso auch nicht die Menschheit gesunden. Bis zu welchem Widersinn diese in sich widerspruchsvolle Wirtschaftsführung sich versteigen kann, hat die Einfuhrkontingentierung der Papen-Regierung gezeigt. Aber auch diese Einfuhrkontingentierung ist nur ein Glied in einer ganzen Kette von Fehlern und Irrtümern, die zur Krise geführt haben und immer von neuem die Krise verschärfen. Den Gewerkschaften wirft man vor, die Krise durch Unterstützung der Rationalisierung verschuldet zu haben. Wir haben wohl die Rationalisierung gefordert, aber wir haben nicht gefordert, dass Produktionsanlagen mit ungeheurem Kapitalaufwand gebaut werden, damit man sie nachher wieder einreisst. Nicht die Rationalisierung, sondern die unvernünftige Organisation der Wirtschaft und die falsche Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft sind die Ursachen des Elends.

Wir haben zur Milderung der Krise u.a. auch die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Unsere Forderung ist von der Arbeiterschaft zum Teil nicht richtig verstanden worden. Die Unternehmer haben sie besser begriffen. Dafür zeugt der Grund ihrer Ablehnung. Sie sagten: "Wenn auch die Verkürzung ohne Lohnausgleich angeboten ist, so wissen wir bestimmt, der Lohnausgleich kommt ja doch." Wir wären heute froh, wenn wir zu Anfang der Krise die Verkürzung der Arbeitszeit hätten einführen können. Auch wäre eine Million Arbeits-

lose als Folge der Rationalisierung noch leichter zu ertragen als die jetzige Arbeitslosenziffer.

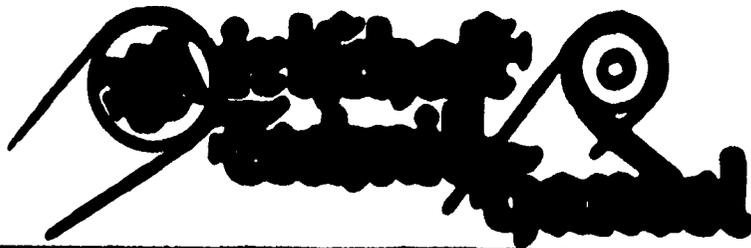
Der Bundesvorstand fordert eine Anpassung der Arbeitszeit an die neue Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, darüber hinaus eine Ueberführung der grossen Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens in die Hand des Staates und ebenso eine Verstaatlichung des Bankwesens. Entsprechende Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen. Diese Forderungen, zu denen auch die Schaffung eines Tabakmonopols gehört, können in Verbindung mit einer Entspannung der politischen Verhältnisse nicht nur einer vernünftigen Regelung der Wirtschaft die Wege ebnen, sondern auch dem Staat erhebliche Einkünfte sichern. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum nicht der Staat die Führung der Wirtschaft übernehmen soll, wenn er aus seinen Mitteln diese Wirtschaft ja doch stützen muss. Solange natürlich die Arbeiter unter sich herumkrakeelen, haben die Kapitalisten es leicht, die Reformarbeit der Gewerkschaften zu durchkreuzen. Wenn sich die sozialistisch nennenden Parteien links und rechts von den Gewerkschaften, die Kommunisten und die Hitlerleute, ernsthaft für den Sozialismus einsetzen wollten, dann wäre ihnen eine Gelegenheit gegeben, zusammen mit den Gewerkschaften den Kampf zu führen.

SPD. Gustav Haupt, Branchenleiter für die chemische Industrie im Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, ist gestorben. Mit ihm ist ein tapferer Streiter für die Sache der Arbeiterschaft dahingegangen. Haupt, ein Mann von reichen Kenntnissen auf gewerbehygienischem Gebiet, hinterlässt eine fühlbare Lücke in der Gewerkschaftsbewegung, die ihm ein ehrendes Andenken bewahren wird.

SPD. Bei den Wahlen zum Arbeiterrat auf der Grube "Maria-Hauptschacht" im Aachener Revier, die bisher als kommunistische Hochburg galt, erlitten die Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Ihre Stimmenzahl ging um 210 oder 23% zurück, was einen Verlust von 2 Mandaten bedeutet. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 391 (350), 2 Mandate; Christliche Gewerkschaften 996 (774) 5 Mandate und zwei Ergänzungsmandate; Kommunisten 692 (902) 4 Mandate; Nationale Opposition 218 (248) 1 Mandat. Die Wahlbeteiligung betrug 80%.

SPD. In Ostoberschlesien werden wieder Abbaumassnahmen grösseren Ausmasses durchgeführt. Die zu den Hohenlohe-Werken gehörige Fannygrube bei Kattowitz wird demnächst stillgelegt; 670 Arbeiter und Angestellte verlieren dadurch ihre Beschäftigung. Die Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft will 900 Arbeiter entlassen. Auf der Bielschowitz-Grube sind 600 und auf der Königs-Grube 150 Arbeiter vom Abbau ab 1. Dezember bedroht. Die Betriebsräte haben beim Demobilisierungskommissar Einspruch erhoben.

SPD. Für das Kölner Installationsgewerbe wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt, der den Stundenlohn für die Gehilfen im fünften Jahr nach beendigter Lehrzeit auf 1 Mark festsetzt. Bisher betrug der Stundenlohn 1,10 Mark. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau von 15 Prozent gefordert. Der neue Lohn gilt ab 1. Dezember bis 30. Juni 1933.



Augiasstall an der Ruhr.

Skandal um den Geheimrat von Flotow.

SPD. Um die Lage und die Zukunftsaussichten der Vereinigten Stahlwerke, auf die die Reichsregierung mit dem Erwerb der Aktienmehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. vor gut einem halben Jahr Einfluss genommen hat, ist seit längerem unter schweigender Duldung der Reichsbehörden und unter aktiver Beteiligung sehr einflussreicher privater Interessenten ein Legendenkreis im Entstehen, der sich moralisch und materiell, wenn nicht früh genug gebremst wird, für Staat und Gesamtwirtschaft unheilvoll auswirken muss. Im Mittelpunkt der skandalösen Vorgänge steht der seit Monaten angekündigte, aber noch immer nicht veröffentlichte Bericht über die Lage und die Sanierungsmöglichkeiten bei den Vereinigten Stahlwerken, der im Auftrag des Reiches von Geheimrat von Flotow, Mitinhaber des Privatbankhauses Hardy & Co., zu erstatten ist.

Die vom Reich aufgekaufte Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. war im Winter 1932 faktisch zahlungsunfähig. Sie wäre nach den riesigen Kursverlusten, besonders bei den Stahlvereins- und bei den Phönixaktien, auch bilanzunfähig und konkursreif gewesen. Der Stahlverein selbst war schon seit Jahren festgefahren. Es kam nur deshalb nicht zur Erklärung der Zahlungsunfähigkeit, weil kein Mensch und keine Stelle in Deutschland die Verantwortung für eine offene Pleite übernehmen wollte und konnte. Wenn das ungeheure Finanz- und Produktionsgebäude der Kombination Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und Vereinigte Stahlwerke nicht zusammenbrechen sollte, so musste es mit Reichskredit untermauert werden. Da das Reich auf diesem Wege - das Reich kaufte von dem Grossindustriellen Flick die Aktienmajorität auf - der beherrschende Grossaktionär bei Gelsenkirchen und im Stahlverein wurde, übernahm das Reich die Sanierung der Vereinigten Stahlwerke, die zugleich auch die Sanierung von Gelsenkirchen bedeutete. Die Gelsenkirchener Aktienmajorität wurde für Rechnung des Reiches von dem Bankhaus Hardy & Co. aufgekauft. Im Zusammenhang damit erhielt der Hardy-Direktor Geheimrat von Flotow den Auftrag, die Frage der "Sanierung und evtl. Neugliederung des Stahlvereins" für das Reich zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu machen.

Flotows Prüfungsbericht ist bis heute, genau drei Monate nach der Auftragserteilung, der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Behauptet wird, der Bericht sei noch nicht fertig. Das mag vielleicht stimmen. Hier aber beginnt der Skandal: Forscht man nämlich nach den Gründen, warum der Bericht "nicht fertig" wird, so ergibt sich als einzige Erklärung, dass gewaltige Interessenmächte am Werke sind, einen der Wahrheit und den Reichsinteressen entsprechenden Bericht zu verhindern und die Notwendigkeit der Sanierung des Stahlvereins weg zu eskamotieren. Der Herkules von Flotow, der den Augiasstall an der Ruhr reinigen sollte, soll nach dem Willen dieser Mächte erklären, dass es gar nichts zu reinigen gibt. Herr von Flotow aber scheint nicht die Berufung zu fühlen - die bisherige, von Hugenberg "gestützte" autoritäre Reichsregierung dürfte ihm kaum eine Ermunterung gewesen sein - die Reichsinteressen gegen diese privaten Mächte wahrzunehmen.

Hier die Tatsachen: Am 21. September, vier Wochen nach der Auftragserteilung

lung an Flotow, brachte der Hugenberg nahestehende D.H.D. (Deutscher Handelsdienst) die erste Mitteilung von der Fertigstellung des Flotowberichts. Danach schien den damals noch sehr verängstigten Kreisen um Hugenberg selbst eine Sanierung, und zwar eine Zusammenlegung des Stahlvereinskapitals im Verhältnis von 10 : 3 oder von 775 auf 225 Millionen, noch unvermeidlich. Am 29. September, acht Tage später, war in Düsseldorf die Phönix-Generalversammlung. Hier entwickelte Generaldirektor Fahrenhorst den rosigsten Optimismus für die Zukunft der deutschen Eisenindustrie. Die deutsche Eisenindustrie werde schon wieder einigermaßen rentabel arbeiten, wenn etwa nur die Hälfte der Produktion der Jahre 1927 bis 1929 erreicht werde. Fritz Thyssen, der 80 Millionen Stahlvereins- und 40 Millionen Phönixaktien besitzt, behauptete, bei einer Ausnutzung der Stahlvereinskapazität bis zu 50 % würde niemand mehr von Sanierung sprechen; der Stahlverein sei überhaupt nicht sanierungsbedürftig. Am 6. Oktober, weitere acht Tage später, interpretierte der "Berliner Börsen Courier" den Optimismus von Fahrenhorst und Fritz Thyssen dahin, dass die Herren nicht blauen Dunst geredet haben können, dass ihnen der Kern des Flotowgutachtens, das die "Regierung bereits in Händen hat", bekannt gewesen sein müsse (!) und dass daraus einwandfrei auf Flotows Auffassung zu schliessen sei, die Vereinigten Stahlwerke könnten bei einer Ausnutzung von nur 40 bis 50 % ihrer Kapazität ihre Schulden in Ruhe abtragen und rentabel arbeiten. Am 17. November endlich meldete wieder Hugenbergs DHD., nach dem dem Reichswirtschaftsminister vorliegenden Flotowschen Gutachten sei die Lage der Vereinigten Stahlwerke viel günstiger als allgemein angenommen werde, von Unrentabilität und Ueberkapazität sei keine Rede, wenn nur die Beschäftigung sich einigermaßen wieder hebe, und Herr von Flotow habe keinen Anlass gehabt, eine Kapitalherabsetzung vorzuschlagen.

Damit sind wohl die Gründe, weshalb der Flotowbericht "nicht fertig" wurde, klar. Und wenn Flotows Gutachten wirklich in dieser Richtung läuft, so wäre ein Skandal fertig, der alles in Deutschland bisher Dagewesene überschatten würde: Die Absicht der privaten Grossaktionäre des Gelsenkirchen-Stahlvereinskomplexes vom Schlage Fritz Thyssen mit 120 Millionen Eigenbesitz an Phönix- und Stahlvereinsaktien, keinen Pfennig Kapitaleinbusse bei der Wiederflottmachung des Stahlvereins auf sich zu nehmen und dem deutschen Steuerzahler viele Hundert Millionen neue Lasten aufzubürden, wäre nicht nur erreicht, sondern durch das Urteil eines "unabbaugigen Sachverständigen" des Reiches noch gerechtfertigt! Wir stehen dann vor der ungeheuerlichen Tatsache, dass das Reich den grössten Finanz- und Industriekomplex Deutschlands wegen drohender unmittelbarer Zahlungsunfähigkeit und vollendeter Kreditunfähigkeit stützen musste und dass im Auftrag des Reiches, während die ganze Oeffentlichkeit von dieser Notwendigkeit bis heute überzeugt ist, eine Sanierung als überflüssig erklärt wird. Die Finanzen des Reiches, der Kredit des Reiches, die Erholung der deutschen Wirtschaft wären in lebensgefährlicher Weise bedroht, wenn beim Stahlverein so oder ähnlich verfahren wird. Hunderte von Millionen müssten vom Reich umsonst geopfert werden, vom Stahlverein würde in aller Zukunft der ungeheuerlichste Lohndruck in die ganze deutsche Wirtschaft ausstrahlen und Deutschland würde in Zukunft Eisenpreise erleben, die alles an Gefahren in den Schatten stellen würde, was man von den landwirtschaftlichen Kontingenten glaubt erwarten zu dürfen.

Wir warnen die Reichsregierung. Wir verlangen die sofortige Veröffentlichung des Flotow-Gutachtens, damit die öffentliche Diskussion des Stahlvereinsproblems unabsehbaren Schaden vorbeugen kann.

SPD. Die Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.G., die Unternehmungen in Berlin, Landsberg a. Warthe, Stralsund, Zell i. W., Saalfeld, Jena, Zoppot, Gotha, München, Kassel, Glarus usw. unterhält, kann auch für das abgelaufene Geschäftsjahr bei einem Gesamtergebnis von 1,849 Millionen Mark eine Dividende von 6 % zahlen. Dem Aufsichtsrat werden 34000 Mark zugewiesen. Die anderweitigen Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstandes stellen sich auf rund 185 000 Mark.

Der geradezu glänzende Abschluss bei Licht und Kraft ist auch von lohnpolitischem Interesse. So ist der Elektrizitätsabsatz in diesem Riesenkonzern gegenüber dem Vorjahr nur um 3 % zurückgegangen, während der Rückgang in der gesamten deutschen Elektrizitätsversorgung etwa 11 % beträgt. Die Gesellschaft betont, dass die grössere Krisenfestigkeit ihres Unternehmens auf dem starken Anteil beruht, den der Kleinabsatz an der gesamten Stromabgabe hat. Die Grossindustrie sei zuerst und am stärksten von den Folgen der Wirtschaftsnot betroffen worden. Die Kaufkraft der breiten Massen, für die Sozialdemokratie und Gewerkschaften immer eingetreten sind, hat sich also auch bei dieser Gesellschaft als grosse Krisenbremse und Krisenmilderung erwiesen. Diese Tatsache aus der Praxis müsste alle Gegner der Lohnpolitik der Gewerkschaften und Sozialdemokratie zum Schweigen bringen. Wie richtig die Kaufkrafttheorie der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist, geht auch aus einer weiteren Mitteilung der Gesellschaft hervor, wonach mit der fortschreitenden Verarmung weiter Bevölkerungskreise im Jahre 1932 eine fühlbare Absatzverminderung eingetreten ist, die in den ersten 9 Monaten in Stromerzeugung und Strombezug gegenüber dem Vorjahr $4\frac{1}{2}$ % ausmacht.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat der Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft in Bremen bis auf weiteres die Auszahlungen der Bauanteile II (freiwillige Sparleistungen) verboten. Für die Sonne, Zwecksparkasse A.G. in Berlin ist Antrag auf Eröffnung des Konkurs zu stellen. Der Bausparkasse Roland A.G. in Köln wurde der Geschäftsbetrieb untersagt. Diese Untersagung wirkt wie ein Auflösungsbeschluss.

SPD. Der Langnamverein, der in der Hauptsache die westdeutsche Schwerindustrie zusammenfasst und in dem die Bankrotteure vom Stahlverein das grosse Wort führen, nahm auf seiner am Mittwoch in Düsseldorf stattgefundenen Tagung Gelegenheit, der autoritären Regierung seinen Wunschzettel zu präsentieren.

Hauptredner war der Stahlvereinsindustrielle Dr. F. Springorum aus Dortmund. Der Redner hielt die politische Reaktion für so stark, dass er unverhüllt und in aller Öffentlichkeit die tollsten Forderungen der schwerindustriellen Interessenten vortragen zu können glaubte. Hinter der von ihm geforderten Verfassungs-, Finanz- und Verwaltungsreform steckt nichts anderes als ein Attentat der Zechen- und Eisenbarone auf den Reichssäckel und auf den Lebensstandard der Bevölkerung. Man will die von der Sozialdemokratie nach dem Kriegszusammenbruch durchgeführte politische Gleichberechtigung abdrosseln, damit die Grossinteressenten schalten und walten können. So ist die Forderung nach Zerschlagung des Freistaats Preussen zu verstehen, weiter die Forderung nach Einführung eines Herrenhauses im Reiche (sog. zweite Kammer) und die Änderung des kommunalen Wahlrechts, die man, nach Hitlerischen Methoden, als "Ausschaltung des Parteieinflusses" firmiert. Die Festsellung des auf dem allgemeinen Volkswillen beruhenden Reichstags durch das

Herrenhaus soll ohne Zweifel einer schwerindustriellen Subventionspolitik dienen, von der der Skandal bei Gelsenkirchen und dem Stahlverein einen kleinen Vorgeschmack gibt. Die Entrechtung des kommunalen Wählers steht ohne Zweifel im Zusammenhang mit Plänen, die Grossindustrie durch die Gewerbesteuer zu entlasten und diese Steuer auf die kommunalen Wahlberechtigten abzuwälzen.

Im übrigen wurden Liebeserklärungen der Schwerindustrie an die Grossagrarier vom Stapel gelassen. Wohl gebe es den Kontingentierungskomplex, der zwischen beiden Gruppen in der Öffentlichkeit zu Auseinandersetzungen geführt habe. Aber das hindere nur die Durchsetzung gemeinsamer Forderungen bei der Regierung, und, was zwischendurch angedeutet wurde, den Kampf gegen die Arbeiterschaft. Weiter verlangte man die Ertüchtigung der Jugend, die lernen müsse, sich vor allem im "Gelände zu bewegen", damit, wenn einmal die "Stunde der Gefahr komme", ein "tüchtiges Volk den heimischen Herd verteidigen" kann. Wir kennen diesen Text und auch die Verfasser. Es ist die Rüstungsindustrie von früher, die mit Kriegsmaterial ihre Geschäfte machte. Wenn man schliesslich an Kanonen und Handgranaten verdienen will, muss auch ein Volk vorhanden sein, das sich totschiessen lässt.

Auf der Tagung nahm auch Reichsbankpräsident Dr. Luther das Wort, der von der Wirtschaft mehr "Mut zur Tat" verlangte, was nütze es schliesslich, wenn die Reichsbank Kredite zur Verfügung stellte und die Wirtschaft "nicht wirtschaften wolle." Der Streik des Unternehmertums - diesen Ausdruck hat der frühere Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Dr. Duisberg geprägt - scheint demnach auch unter dem Papenplan weiter zu bestehen. Zum Schluss wandte sich Luther an die Adresse des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der sich in den letzten Tagen bei Hitler angeschmust hat. Luther betonte, dass die Reichsbank von politischen Einflüssen freibleiben müsse und dass es falsch sei, "wenn eine weitere Kreditausweitung von der Reichsbank von derselben Seite verlangt werde, die der Reichsbank früher vorwarf, sie habe faule Finanzwechsel in ihrem Portefeuille"

SPD. Unter Führung der Deutschen Bank - Disconto-Gesellschaft ist in Berlin die Fusion zwischen drei kolonialen Rohstoffgesellschaften vollzogen worden, die in der Hauptsache im Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonie in Ostafrika, seit dem Kriege englisches Mandatsgebiet, arbeiten. Die Fusion erinnert die Öffentlichkeit an jenen berühmten und berüchtigten Afrikapionier Dr. Karl Peters, dessen viel umstrittene Kolonisation zu der Gründung der deutschen Kolonie in Ostafrika führte, und an die beiden Direktoren der Deutschen Bank, Georg v. Siemens und Karl Helfferich, später Leiter der deutschen Kriegsfinanzen und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, die den Kolonialrausch in Deutschland um die Jahrhundertwende zu Riesengründungen ausnutzten. Allein die von der Deutschen Bank erbaute ostafrikanische Zentralbahn, fast 1 250 km lang, also die Strecke von Berlin über Mailand hinaus, kostete 140 Millionen Mark. Die Engländer entschädigen Deutschland nach dem Kriege dafür mit 10 Millionen Mark.

Für die Fusion kommen folgende Gesellschaften in Frage:

1. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die sich um 1885 herum aus der "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft Karl Peters und Genossen" entwickelte. Die Gesellschaft hatte Hoheitsrechte, besass Militärgewalt, konnte Zölle erheben usw. Aus ihr ging die deutsche Kolonie in Ostafrika hervor.
2. Die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft, für deren Gründung sich die Deutsche Bank unter Georg v. Siemens einsetzte. Man wollte den Bau anfangs mit Reichsgeldern durchführen, scheiterte damit im Vorkriegsreichstag u.a. an dem Widerstand Bebels.

3. Das Nyassa-Konsortium, das sich 1914 auf Betreiben des Deutschen Reiches bildete und die Mehrheit der englischen Gesellschaft "Nyassa-Consolidated" und die Mehrheit der portugiesische Gesellschaft, berüchtigt in der Kolonialgeschichte, machte viel von ihren Arbeitskontrakten reden, worunter man optimistisch den Handel von Negern nach den südafrikanischen Bergwerken zu verstehen hat.

Das Eigentum der drei Gesellschaften verfiel im Kriege der Beschlagnahme durch die Engländer. Die Pflanzungen, u.a. bestes Kaffeeland der Welt, wurden später von England für Appel und Ei besonders an Griechen losgeschlagen, die hier mit der Kaffeeproduktion sicherlich ein gutes Geschäft gemacht haben dürften. Das neue Unternehmen, die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG) besitzt ein Pflanzungsareal von fast 50 000 Hektar, wovon rund die Hälfte Eigenland ist. Unter Kultur stehen über 11 000 Hektar. Gebaut werden Sisal, woraus man eine wichtige Pflanzenfaser gewinnt, Kaffee (Robusta- und Kilimajaro-Kaffee) und schliesslich Kopra, das ja aus der Palminherstellung bekannt ist. Man will die Pflanzungen nicht ausdehnen, sondern "ruhig entwickeln". Bei der Vollproduktion erhofft man einen Ertrag von 7 200 Tonnen Sisal, 210 Tonnen Kilimajaro- und 1 100 Tonnen Robustakaffee und schliesslich 1 600 Tonnen Kopra. Da die Gesteungskosten sehr günstig liegen, rechnet man mit der Verteilung einer Dividende von 10 %. Das neue Unternehmen ist mit einem Kapital von 9,4 Millionen Mark ausgerüstet, wozu eine offene Reserve von 1,5 Millionen Mark tritt.

Völlig versackt.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Nov.)

SPD. Während das Angebot am Mittwoch mehr gedrosselt war, um die Preise nicht weiter unter Druck zu setzen, hielten sich die Mühlen nach wie vor zurück. Der Markt versackte, das Geschäft war äusserst schleppend. Soweit Angebot auf dem Lieferungsmarkt herauskam, wurde es von den Stützungsstellen aufgenommen. Stimmung für Hafer war etwas besser als an den Vortagen. Auf dem Promptmarkt mussten die Stützungsstellen grössere Mengen an Waggonroggen aufnehmen. Die Preise für beide Getreidearten haben sich nicht verändert. Auch hier lag Hafer freundlicher.

	22.11.	23.11.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	126 - 131	126 - 131
Weizenmehl	24,25 - 27,10	24,25 - 27,10
Roggenmehl	20,00 - 22,25	20,00 - 22,25
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,45 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,60 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dez. 209½ - 209 (Vortag 209¼), März 210¾ - 210¼ (211), Mai 214¾ - 214¼ Brief (215). Roggen Dez. 168 (167¼), März 172¼ - 172 (172), Mai 176 - 175¾ (175¾). Hafer Dez. 133 + Brief (132¼), März 135 (135), Mai - (139).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 23. November 1932.

Frau Müllers Mittagstisch. ^

SPD. Der Privatmittagstisch ist ein wichtiger Bestandteil des menschlichen Lebensunmittelbar vor der Ehe. Was sollte ein sonst anständiger junger Mann (ohne Frau) anfangen, wenn nicht die bewusste Frau Müller in der Sebaldusstrasse 5, zweite Etage links, einen Privatmittagstisch errichtet hätte! Sie erkannte eben rechtzeitig, dass der Mensch nicht nur von altüberlieferten Gasthaussaucen und ewigen Wiener Schnitzeln leben kann; dass er auch derbe Hausmannskost zu sich nehmen muss, um auf geistiger, physischer und moralischer Höhe zu bleiben.

So habe auch ich mich entschlossen, ein Mitglied des Privatmittagstisches der Frau Müller zu werden, und gehe seit einiger Zeit ununterbrochen jeden Mittag um 1,30 Uhr nach der Sebaldusstrasse 5, zweite Etage links: um zu essen.

Fünfundfünfzig Personen beiderlei Geschlechts huldigen dort der gleichen Tätigkeit. Wer hereinkommt, sagt "Mahlzeit" - ein sehr schöner, inhaltsreicher ebenso zweckmässiger wie neutraler Gruss.

Gewöhnlich sitze ich Herrn Steinhäuser gegenüber; Herr Steinhäuser spricht nämlich nicht beim Essen. Das ist wundervoll. Er isst zwar mit dem Messer, aber ich sehe ihm trotzdem sehr gern zu, denn er entwickelt darin eine mir bisher unbekannte Geschicklichkeit. Bis fast an die obersten Knochen seiner Wirbelsäule schiebt er den blanken Stahl, so zierlich, so elegant, man könnte fast sagen: fachmännisch, dass es eine Lust ist, ihm zuzuschauen. Wenn ich ihn ansehe, halb bewundernd, halb liebenswürdig, dann nickt er mir freundlich zu.

In einer Ecke des Esszimmers sitzen vier Herren, die Tag für Tag Kreuzworträtsel lösen. Fast der gesamte Mittagstisch beteiligt sich daran. Eine Epidemie, die schon im Sterben begriffen ist, wird hier künstlich genährt.

Dann kommt eine Reihe Verkäufer herein, blond, hübsch, mit unsagbar genau gezogenen Scheiteln. Sie haben früher, als ich noch nicht da war, über Frauen gesprochen. Das ist jetzt vorüber; das Thema ist abgetan. Sie spielen Abends nur noch Schach.

Herr Lindenbart, der um 1,47 Uhr zu Tisch kommt und ein sehr schöner Mann mit weit ausladender Stirn und energischem Kinn ist, unterhält sich nur mit den Damen. Er wird deshalb vom Tische der blonden Jünglinge missachtet. Die jüngeren Damenvermögen dem Zauber seiner divinalen Persönlichkeit nicht zu widerstehen; sie fürchten Gefahr, trotzdem hinter der weit ausladenden Stirn sicherlich nur reine Gedanken schlummern. Deshalb gehen sie, sobald Herr Lindenbart sich an den Tisch gesetzt hat, wieder weg. Die älteren Damen dagegen, die gereifteren, die zum Beispiel schon eine Kasse führen, und die sich nicht schämen, einen Zwicker zu tragen, sehen in ihm das Ideal; sie hören ihm begeistert zu. (Herr Lindenbart ist nämlich vor fünf Jahren einmal in Garmisch gewesen und hat von dort aus unter anderem auch eine Wanderung durch die Höllentalklamm gemacht. Ich war auch schon dort, leider; jetzt fahre ich nicht wieder hin; ich müsste bei jedem Tunneldurchbruch an Herrn Lindenbart denken.) Eine Witwe, die er kürzlich ins Gespräch zog, war von seiner Art so hingerissen, so - wie soll ich sagen? - benommen, dass sie sich fortwährend versprach und dabei einen Stiftzahn verlor. Er fiel in die Brühsuppe mit Knorr-Sternchen. Seitdem kommt sie immer eine halbe Stunde später.

Jeden zweiten Tag isst Herr Wunderlich an Frau Müllers Mittagstisch. Er fährt nämlich über Land - mit dem Motorrad - und erzählt nachher von Geschwindigkeiten, Vergaserbränden, Kühlerdefekten, dass es Spass macht, ihm zuzuhören. Er riecht auch nach täglich mindestens 350 Kilometern und ist stolz auf seinen Beruf. Deshalb reinigt er sich auch nicht die Fingernägel - aus Tradition. Soll er sich seines Berufes schämen? Nein!

Schliesslich ist da noch einer: er hockt bescheiden auf seinem Stuhle, löffelt seine Suppe, isst artig seine Kartoffeln mit Fleisch und Gemüse, bittet höchstens einmal, man möchte ihm das Salz herüberreichen, und geht mit höflichem Grusse nach einer präzisen Viertelstunde mit einer unscheinbaren Aktenmappe unterm Arme davon. Er fällt nicht auf; höchstens, dass er nicht "Mahlzeit" sagt, sondern "Guten Tag!" - das ist sein einziges Vergehen gegen die althergebrachte Sitte. Er hat einen Blick, den die Sanftmut besonnt, der jede Bösartigkeit in ihre Schranken weist, so milde; ihm scheinen Gehässigkeit und Ironie als Ausgeburten der Hölle ewig verhasst zu sein....

Dieser wertvolle Gast an Frau Müllers Mittagstisch bin ich.

O.F.Heinrich.

Die Flucht. x

SPD. Vorn läutete es zweimal heftig an der Flurtür. Eine erregte Männerstimme schrie: "Öffnen, Polizei...!" Der Mann, der in einem Zimmer der leeren Wohnung stand, klappte seinen Koffer zu und schritt lautlos durch den Flur. Sein Gesicht verriet kaum eine Spur von Aufregung. Leise öffnete er die eisenbeschlagene Tür, die auf die Hintertreppe führte, und verschloss sie sorgfältig von aussen. Als er einen schnellen Blick durch das kleine Flurfenster warf, sah er, dass der Hof leer war. Aber es war anzunehmen, dass hinter den breiten Scheiben der Hoftür mindestens drei Mann standen, um den Weg auf die Strasse abzuschneiden. Er lächelte. Diesmal würden sie lange warten können. Er wusste, dass er mit der Gefahr spielte, dass ein einziger widriger Zufall das Gelingen der Flucht in Frage stellen konnte. Zwei Jahre lang hatte er zusammen mit Rpbert, einem heruntergekommenen Chemiker, in dieser Wohnung, mitten unter ahnungslosen Bürgern, die vollendetsten Geldfälschungen hergestellt, die jemals den Kontrollbeamten der Banken präsentiert wurden. Zwei Jahre lang ging alles gut. Dann kam die Geschichte mit der Vertreiberkolonne, die in Westdeutschland aufgefliegen war. Einer von den Leuten hatte nicht dicht gehalten. Die Polizei kam ihnen auf die Spur, und langsam zog sich der Ring um sie zusammen. Zuletzt mussten sie fast stündlich die Aushebung der Werkstatt befürchten. Dennoch trafen sie in aller Ruhe die Vorbereitungen zur Flucht, räumten Platten, Papiere, Banknotenpakete und die kleine Presse fort. Er selber hatte in dem kleinen Handkoffer die letzten Klischees und einige wertvolle Chemikalien; die Polizei würde die Wohnung so gut wie leer finden.

Er musste sich beeilen. Seit einer Stunde wartete Robert mit seinem Tourenwagen an der Heerstrasse. Ohne sich umzusehen lief er rasch die Hintertreppe hinunter. Auf ihrem letzten Absatz war eine selten benutzte Kellertür, zu der er sich einen Nachschlüssel verschafft hatte. Er schloss sie geräuschlos hinter sich zu und schob von innen den Riegel vor. Dann tastete er sich mit der Taschenlampe in der Hand durch einen schmalen Gang, der mehrere Biegungen machte und zuletzt in einen leeren Keller mündete. Hier hatten Arbeiter vor Wochen von einem Keller des Nebenhauses aus eine Rohrleitung gelegt. Durch das Loch in der Mauer konnte man bequem hindurchkriechen und unbehelligt in ein Haus der Nebenstrasse gelangen. Das Ganze war ein idealer Notausgang. Man musste dann noch durch den Vorkeller des andern Hauses gehen und schliesslich die Kellertür mit einem Dietrich öffnen. Es ging alles, wie er es sich

gedacht hatte. Zum Glück hielt auf der Strasse eine Taxe ganz in der Nähe des Hauses.

Die Taxe bahnte sich einen Weg durch das Verkehrsgewühl der abendlichen Strassen. Eine leichte Müdigkeit überwältigte ihn. Die Spannung der letzten Tage. Gähmend rechnete er sich aus, wieviel Stunden er heute Nacht den schweren Tourenwagen steuern musste. In den Vormittagsstunden des nächsten Tages konnten sie schon die Grenze erreicht haben, wenn keine Panne dazwischen kam.

Aber plötzlich stieg ein unerklärliches Furchtgefühl in ihm auf. Ein scheussliches Gefühl, als sässe die Gefahr so dicht neben ihm, dass er nur die Hand auszustrecken brauchte, um ihren kühlen Hauch zu spüren. Tiemann, dachte er, sollte er doch hinter ihnen her sein? Ein Erlebnis fiel ihm ein: Vor Wochen hatte er sich eines Nachmittags auf der Strasse beobachtet gefühlt. Um sich Gewissheit zu verschaffen, blieb er vor einem Kiosk stehen und kaufte sich eine Zeitung. Während der Verkäufer nach Wechselgeld suchte, wandte er sich vorsichtig um. Wenige Schritte von ihm entfernt, sah er einen älteren, sorgfältig gekleideten Herrn stehen, der mit der Miene eines Liebhabers die Auslagen eines Antiquars musterte. Doch konnte er nichts Auffälliges an ihm entdecken, auch dann nicht, als der Andere ihm für einen Augenblick das Gesicht zuwandte. Nur die Augen, die hinter den konvexen Gläsern einer schwarzumrandeten Brille sass, kamen ihm merkwürdig bekannt vor. Um seinen Verfolger abzuhängen, rief er ein Taxi an, liess in einem andern Stadtteil bei einem Bahnhof der Untergrundbahn halten, fuhr drei Stationen weiter und erreichte zuletzt auf Umwegen mit einem Autobus seine Wohnung. Beim Verlassen der Untergrundbahn glaubte er im Gewühl der Aussteigenden den Herrn mit der schwarzen Hornbrille zu sehen. Aber es konnte auch eine Sinnestäuschung gewesen sein. - Jet zt fiel ihm ein, dass dieser ältere Herr kein anderer gewesen sein konnte als Tiemann, Kommissar Tiemann, einer der geschicktesten Spezialisten der Falschgeldzentrale. -

Der Wagen hatte das Ende der langen Hauptstrasse erreicht. Befriedigt blickte der Mann im Wagen nach rechts hinüber, wo sich im Hintergrunde die Silhouette des Polizeipräsidiums am Himmel abzeichnete. Sie blieb zurück. Gleich musste der Schofför nach links abbiegen, nach der Heerstrasse, die die Stadt im Westen verliess. Stattdessen aber fuhr er rechts in eine Seitenstrasse hinein. Der Fahrgast sprang auf, klopfte an die Scheibe und rief: "Links abbiegen, links doch, Sie fahren falsch!" Der Schofför schüttelte ruhig den Kopf. "Geht nicht," rief er zurück, "Strassensperrung...."

Um den Umweg auszugleichen, begann der Schofför, die Geschwindigkeit zu erhöhen. Wenn er nur nicht eine Panne kriegt, dachte der Mann im Wagen, wo möglich einen Zusammenstoss! Das wäre Pech. Nicht auszudenken.

Mit hoher Geschwindigkeit raste die Taxe durch die schmalen, schwach beleuchteten Strassen. Eine Kurve wurde so scharf geschnitten, dass es den Insassen zur Seite schleuderte. Passanten schimpften laut hinter dem Wagen her. Wieder kam eine neue Seitenstrasse. Dann bogen sie auf einmal in eine hell erleuchtete Hauptstrasse ein.

Plötzlich verzog sich das Gesicht des Mannes im Wagen. Vor seinen Augen tauchte von neuem die lange Front des Polizeipräsidiums auf. Das Portal näherte sich. Der Mann griff nach dem Türgriff; die Tür liess sich nicht öffnen. Er rüttelte, klopfte an die Scheibe: "Wo fahren Sie denn hin; Sie fahren mich ja wieder zurück". Anstatt zu antworten, zog der Schofför die Bremsen kurz an, riss das Steuer herum, und in scharfem Bogen sauste der Wagen durch den hohen Torbogen in den Hof des Polizeigebäudes. Von allen Seiten liefen Beamte auf den Wagen zu. Der Schofför sprang vom Sitz und riss die Tür auf. Das Gesicht seines Fahrgastes verfärbte sich. "Grosser Gott", stammelte er, "wie ist denn das möglich..." - Der Schofför war kein anderer als Kommissar Tiemann.

"Kommen Sie", sagte der Kommissar, "ich bin überzeugt, dass Sie oben

jemand schon sehnsüchtig erwartet. Ihr Gang war an sich eine gute Lösung. Wie schade, dass man ihn entdecken musste!" Als des Anderen Augen der ausgestreckten Hand des Kommissars folgten, erblickten sie im Hintergrunde einen hellgrauen Tourenwagen. Einen schönen Wagen, der, wie Robert mit Stolz zu behaupten pflegte, seine 120 Kilometer in der Stunde machte.

Kaliban.

Schädlingsbekämpfung.^x

SPD. L. O. Howard, der berühmte Chef des amerikanischen Staatsinstituts für angewandte Insektenkunde, hat einmal gesagt: "Wir stehen an der Schwelle des Zeitalters der Insekten. - Die Insekten werden die Vormacht unter den Lebewesen unsres Planeten gewinnen. Ein Studium der Insektenwelt ist also dringendste Notwendigkeit. In Deutschland trägt die Biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem mit ihren Zweigstellen in Reiche dieser Forderung bereits Rechnung. Dr. Schwartz, der Spezialist an dieser Anstalt für Schädlingsbekämpfung, gibt über dieses wichtige Problem interessanten Aufschluss.

Der Ausspruch Howards ist dahin zu verstehen, dass die Insekten dem Menschen in Zukunft den Lebensraum noch mehr strittig machen werden als bisher. Schuld darn trägt die Intensivierung des Pflanzenbaus. Je mehr der Mensch einseitig Kulturpflanzen in Massen anhäuft, desto günstigere Lebensbedingungen schafft er für die Tiere, die von den Pflanzen leben, und desto ungünstigere für deren Feinde. Der Kartoffelkäfer z.B. lebte ursprünglich harmlos von den spärlichen Nachtschattengewächsen in den Rocky Mountains in Nordamerika. Als der Kartoffelanbau in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vom Osten nach dem Westen der Vereinigten Staaten vordrang, lernte der Käfer die ihm bekömmliche neue Pflanze kennen, und er begann, auf die Kartoffel überzugehen. Im Laufe von 18 Jahren verbreitete er sich über ein Gebiet von Tausenden von Quadratkilometern und brachte in manchen Gegenden den Kartoffelanbau fast völlig zum Absterben. Nach Frankreich eingeschleppt bedroht er jetzt den europäischen Kartoffelbau aufs schwerste. Trotz schärfster Abwehrmassnahmen sind bereits 14 Departements der Gironde verseucht.

Solche Spezialkulturen bieten durch ihre Einseitigkeit den Insekten, die auf sie inklinieren, unbegrenzte Vermehrungsmöglichkeiten. Ebenso den Pilzen und Bakterien, die auf sie reagieren. Das Forschungsziel, um die Schädlinge zu bekämpfen, ist ganz eigenartig. Man bekämpft die Schädlinge in erster Linie nicht direkt, sondern man versucht ihnen den Lebensboden zu entziehen, indem man die Pflanzen durch Kreuzung usw. zu immunisieren versucht. So hat man z.B. in Amerika gewisse Rebsorten festgestellt, die gegen die in allen Ländern der Welt existierende Reblaus immun sind. Nun arbeitet man (auch in den deutschen Weinbaugebieten) daran, diese Rebsorten mit nicht immunen zu kreuzen, mit dem Endziel, Rebsorten zu schaffen, die immun sind und dennoch edle Weine und hohe Erträge liefern. Das ist natürlich nicht sehr einfach, und vor einigen Jahren mussten Spanien, Frankreich und Italien Weinkrisen durchmachen, da die dort wachsenden Weine durch die Verwendung der immunen Rebsorte ihren Geschmack änderten. Auf ähnliche Weise sucht man den Kartoffelkrebs zu bekämpfen. Seit Jahren arbeitet man angestrengt an der Schaffung krebsfester Kartoffelsorten.

Ein Weltproblem, an dem besonders in den U.S.A. viel gearbeitet wird, ist die Schaffung von Getreidesorten, die gegen Rostkrankheiten widerstandsfähig sind. Man hat bisher noch kein Gegenmittel finden können, da die Rostpilze in verschiedenen Gegenden verschiedene Rassen entwickelt haben. Auch auf dem Gebiete des Obst- und Gemüsebaus wird lebhaft gearbeitet. Man hat hier die wichtige Entdeckung gemacht, dass z.B. die Rübenwanze durch ihren

Stich der Pflanze einen giftigen Stoff einimpft; die sich aus dieser Impfung ergebende Virus-Krankheit ist ansteckend und könnte bisher noch nicht bekämpft werden, weil ihr Erreger jenseits des Sichtbaren liegt.

Wieder eine andre Methode zur Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten ist die Zuführung besonderer, die Krankheit unterbindender Nährstoffe, also eine Art von Diät-Behandlung der Pflanzen. Durch "zweckmässige Ernährung" sucht man die Pflanze gegen gewisse Krankheiten immun zu machen. Alle diese "Naturheilverfahren" arbeiten unter Ausschluss aller chemischen Mittel.

Die Massenvermehrung der Insekten ist eine Störung des sogenannten biologischen Gleichgewichtes der Natur. Der Mensch hat mit seiner Kultur das freie Spiel der Kräfte gestört und abnorme Verhältnisse geschaffen. Im Urwalde sorgen die Organismen allein für weise Verteilung der Kräfte, und die Schädlinge werden von anderen Lebewesen, von Vögeln, Raubinsekten usw. dezimiert. Selbstverständlich erstreckt sich die moderne Schädlingsbekämpfung auch auf die künstliche Vermehrung dieser natürlichen Schädlingsfeinde. Aber die Verhältnisse liegen auf diesem Gebiete ungeheuer kompliziert.

Mit dem groben Geschütz der chemischen Gifte wird natürlich ebenfalls gearbeitet, aber die Methoden müssen noch stark verfeinert werden. Man hat mit schweren Giften wie Arsenik und Blausäure vom Flugzeug aus oder mit Motorzerstäubern schon ausserordentliche Erfolge erzielt, aber diese Mittel sind gefährlich und teuer. Die besten Erfolge bei der Bekämpfung des Getreidebrandes erzielte man durch vorheriges Beizen des Saatgutes. Da die Lohnbeizereien genossenschaftlich organisiert sind, kann sich auch der kleine Landwirt diese Art der Desinfektion leisten.

Das grosse Ziel der Schädlingsbekämpfung ist die Entdeckung eines Boden-desinfektionsmittels, das die Schädlingskeime bereits im Boden abtötet. Das Schwierige dabei ist, nicht auch jede Bakterien abzutöten, die für das Gedeihen der Pflanze notwendig sind.

So versucht man, durch neue Kulturmassnahmen die Störung des natürlichen Gleichgewichtes, die durch Kulturmassnahmen verursacht wurde, wiederherzustellen. Es ist nicht unmöglich, dass auch diese Massnahmen neue Störungen im Gefolge haben, von denen man vorerst noch nichts spürt und ahnt.

H.E.

Das spanische Heer.^x

SPD. Die illustrierten Blätter der spanischen Republik brachten vor einigen Wochen die Abbildung eines spanischen Soldaten in der deutschen Pickelhaube, und es erwies sich, dass das spanische Heer, das Heer einer Republik, deren jüngste Konstitution nur den Verteidigungskrieg zulässt, die Pickelhaube als Ergänzung seiner Ausrüstung erhalten hat. Wenn man bedenkt, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gleicher Zeit mit den Vorbereitungen zu den ersten in der Republik veranstalteten Manövern beschäftigt war, so ist es nur natürlich, dass die Pickelhaube zum Symbol wurde für diejenigen, die um jeden Preis dem spanischen Volke seine unkriegerische Denkweise erhalten möchten. Die spanischen Sozialisten warnen die Republik vor dem Geiste der Pickelhaube; sie warnen sie vor den verführerischen Sophismen der Rüstungen zum Zwecke des Friedens; sie möchten eine andere Verwendung für die Geldmittel erreichen, die jetzt für die Reformen in der Armee verwendet werden. Aber die Sozialisten haben nicht die absolute Mehrheit in der spanischen Republik, und der spanische Republikaner, so unmilitaristisch und pazifistisch er auch gesonnen ist, möchte doch seine "bescheidene" Armee für den Notfall beibehalten.....

In den Tagen dieser Auseinandersetzungen suchte mich ein junger spanischer Soldat auf, wie er es schon öfters getan hatte, um mit mir die deutschen Zei-

tungen zu lesen und in die Geheimnisse der deutschen Sprache und des deutschen Denkens eingeweiht zu werden. Diesmal aber beschloss ich, diejenige zu sein, die Fragen stellen würde, denn mein Besucher war trotz seiner grossen Jugend sehr geeignet, mir über die spanische Armee, wie sie war, wie sie ist, und wie die Soldaten selbst sie haben möchten, Auskunft zu geben. Er ist ein Freiwilliger, der wohl aus Abenteuerlust die Universität verlassen und vor beinahe zwei Jahren den "Rock des Königs" angezogen hat. Inzwischen haben sowohl die Abenteuerlust als auch der Rock starke Schäden erlitten, und der republikanisch gesinnte Soldat möchte so bald als möglich seinen republikanischen Militärrock ausziehen. Es fehlen dazu nur noch einige Wochen, denn zwei Jahre muss ein Freiwilliger in Spanien dienen, während ein gewöhnlicher Soldat nur ein Jahr dient. Es gibt aber noch eine andre Einrichtung in der spanischen Armee, eine sehr wenig demokratische, die mit der Würde einer demokratischen Republik schwer in Einklang zu bringen ist, nämlich die des Loskaufens. Ja, man kann sich heute noch in Spanien vom Militärdienste, zum Teil wenigstens, loskaufen. Ein vermöglicher Vater geht mit seinem Steuerzettel zur Militärbehörde, und es wird ihm in einem gewissen Verhältnis zu seinem Vermögen und seiner Steuer aufgegeben, wieviel er zu zahlen hat, damit sein Sohn nur ein halbes Jahr zu dienen braucht und nicht nach Marokko geschickt wird. Der Sohn eines vermöglichen Papas hat obendrauf das Recht, ja, die Pflicht, sich selber zu kleiden, zu beköstigen, zu Hause zu schlafen, und er kann jeden von ihm geforderten militärischen Dienst von einem andern Soldaten gegen Entgelt ausführen lassen. Und er geht vor allen Dingen nicht nach Marokko, eine Angelegenheit, die in Spanien nicht beliebt ist, und die sonst dem Zufall und dem Glück überlassen wird, denn der gewöhnliche Soldat zieht das Los, das bestimmt, ob er in Europa oder in Afrika dienen soll.

Das alles also erzählte mir - und ich habe es mir auch von anderer Seite bestätigen lassen - mein Besucher, und er erzählte mir auch, was er in seiner Dienstzeit erlebt und erlitten hatte. Denn in den 23 Monaten Dienstzeit, die hinter ihm lagen, hatte er zuerst nicht in des Königs Heer gedient, und zwar eine Zeit lang in dem Regiment, das man "Das Regiment des Königs" nannte. Dabei hatte er allerhand mit ansehen müssen, unter anderem auch, wie man auf Studenten geschossen hatte. Aber das Aufregendste seines jungen Lebens waren doch die Tage des Umsturzes gewesen. So erzählte er mir von den Befehlen seiner Offiziere, auf die Menge zu schiessen, und von der Antwort, die die Soldaten angeblich erteilt hatten: "Die erste Kugel dem Kommandanten". Er erzählte mir auch von der schnellen Wandlung in der Gesinnung dieser gleichen Offiziere, die es fertig brachten, nach der Proklamierung der Republik zu behaupten: "Wir haben stets für die Einführung der Republik gekämpft". Er schilderte mir, wie die Volksmenge in den Tagen des Umsturzes nach der Kaserne kam und die republikanische Flagge zu hissen verlangte, und erzählte mir von der Freude, die die Soldaten beim Anblick der Flagge empfingen. "Ich weinte," sagte er mir, "und ich war nicht der Einzige."

"Und jetzt?" fragte ich. "Was denken Sie über die Veränderungen, die seit dem Umsturz in der Armee eingeführt wurden?"

"Ganz allgemein gesprochen, kann ich nur die Worte des Kommandanten von Madrid wiederholen, die er uns nach dem Umsturze sagte: Die Armee war bis jetzt die Armee des Königs; jetzt ist sie die Armee der spanischen Nation. Wir dienen der Republik, der wir ergeben sind."

"Keine monarchistischen Tendenzen in der Armee, keine monarchistische Propaganda?"

"Nicht unter den Soldaten, und die Offiziere wagen es nicht, ihre Denkweise, wenn sie Monarchisten sind, zu zeigen."

"Die Reformen des Kriegsminister Azaña werden von den Soldaten geschätzt?"

Schon allein die Frage scheint ihn zu wundern. "Wissen Sie," erwidert er, "was die Armee früher war? 100 000 Soldaten und 25 000 Offiziere. Sprechen diese Zahlen nicht? Jetzt sind es nur noch 4000 Offiziere, denn den Offi-

tungen zu lesen und in die Geheimnisse der deutschen Sprache und des deutschen Denkens eingeweiht zu werden. Diesmal aber beschloss ich, diejenige zu sein, die Fragen stellen würde, denn mein Besucher war trotz seiner grossen Jugend sehr geeignet, mir über die spanische Armee, wie sie war, wie sie ist, und wie die Soldaten selbst sie haben möchten, Auskunft zu geben. Er ist ein Freiwilliger, der wohl aus Abenteuerlust die Universität verlassen und vor beinahe zwei Jahren den "Rock des Königs" angezogen hat. Inzwischen haben sowohl die Abenteuerlust als auch der Rock starke Schäden erlitten, und der republikanisch gesinnte Soldat möchte so bald als möglich seinen republikanischen Militärrock ausziehen. Es fehlen dazu nur noch einige Wochen, denn zwei Jahre muss ein Freiwilliger in Spanien dienen, während ein gewöhnlicher Soldat nur ein Jahr dient. Es gibt aber noch eine andre Einrichtung in der spanischen Armee, eine sehr wenig demokratische, die mit der Würde einer demokratischen Republik schwer in Einklang zu bringen ist, nämlich die des Loskaufens. Ja, man kann sich heute noch in Spanien vom Militärdienste, zum Teil wenigstens, loskaufen. Ein vermögender Vater geht mit seinem Steuerzettel zur Militärbehörde, und es wird ihm in einem gewissen Verhältnis zu seinem Vermögen und seiner Steuer aufgegeben, wieviel er zu zahlen hat, damit sein Sohn nur ein halbes Jahr zu dienen braucht und nicht nach Marokko geschickt wird. Der Sohn eines vermögenden Papas hat obendrauf das Recht, ja, die Pflicht, sich selber zu kleiden, zu beköstigen, zu Hause zu schlafen, und er kann jeden von ihm geforderten militärischen Dienst von einem andern Soldaten gegen Entgelt ausführen lassen. Und er geht vor allen Dingen nicht nach Marokko, eine Angelegenheit, die in Spanien nicht beliebt ist, und die sonst dem Zufall und dem Glück überlassen wird, denn der gewöhnliche Soldat zieht das Los, das bestimmt, ob er in Europa oder in Afrika dienen soll.

Das alles also erzählte mir - und ich habe es mir auch von andrer Seite bestätigen lassen - mein Besucher, und er erzählte mir auch, was er in seiner Dienstzeit erlebt und erlitten hatte. Denn in den 23 Monaten Dienstzeit, die hinter ihm lagen, hatte er zuerst nicht in des Königs Heer gedient, und zwar eine Zeit lang in dem Regiment, das man "Das Regiment des Königs" nannte. Dabei hatte er allerhand mit ansehen müssen, unter anderem auch, wie man auf Studenten geschossen hatte. Aber das Aufregendste seines jungen Lebens waren doch die Tage des Umsturzes gewesen. So erzählte er mir von den Befehlen seiner Offiziere, auf die Menge zu schiessen, und von der Antwort, die die Soldaten angeblich erteilt hatten: "Die erste Kugel dem Kommandanten". Er erzählte mir auch von der schnellen Wandlung in der Gesinnung dieser gleichen Offiziere, die es fertig brachten, nach der Proklamierung der Republik zu behaupten: "Wir haben stets für die Einführung der Republik gekämpft". Er schilderte mir, wie die Volksmenge in den Tagen des Umsturzes nach der Kaserne kam und die republikanische Flagge zu hissen verlangte, und erzählte mir von der Freude, die die Soldaten beim Anblick der Flagge empfingen. "Ich weinte," sagte er mir, "und ich war nicht der Einzige."

"Und jetzt?" fragte ich. "Was denken Sie über die Veränderungen, die seit dem Umsturz in der Armee eingeführt wurden?"

"Ganz allgemein gesprochen, kann ich nur die Worte des Kommandanten von Madrid wiederholen, die er uns nach dem Umsturze sagte: Die Armee war bis jetzt die Armee des Königs; jetzt ist sie die Armee der spanischen Nation. Wir dienen der Republik, der wir ergeben sind."

"Keine monarchistischen Tendenzen in der Armee, keine monarchistische Propaganda?"

"Nicht unter den Soldaten, und die Offiziere wagen es nicht, ihre Denkweise, wenn sie Monarchisten sind, zu zeigen."

"Die Reformen des Kriegsminister Azafia werden von den Soldaten geschätzt?"

Schon allein die Frage scheint ihn zu wundern. "Wissen Sie," erwidert er, "was die Armee früher war? 100 000 Soldaten und 25 000 Offiziere. Sprechen diese Zahlen nicht? Jetzt sind es nur noch 4000 Offiziere, denn den Offi-

zieren wurde es freigestellt, sich pensionieren zu lassen. Und so ist alles. Es wird organisiert, und es wird gut organisiert. Die Armee bekommt ein Gesicht."

"Und das Leben der Soldaten?"

"Auch das kann man nicht vergleichen. Wir bekommen ganz anders zu essen; wir werden anders behandelt; wir haben unsre Turnräume, unsre Duschen, unsre Leseräume, viel mehr freie Zeit....."

"Also volle Zufriedenheit?"

"Das nicht. Einzelne Vorgesetzte lassen viel zu wünschen übrig. Das Leben in der Kaserne ist nach wie vor roh. Man lebt unter Analphabeten mit oft sehr groben Instinkten. Man verliert seine besten Jahre."

"Also Abschaffung der Armee?"

Er bleibt eine Zeit lang nachdenklich. "Abschaffung, nein. Weitere Reformen. Es gibt noch ungeheuer viel zu tun.. Aber wir brauchen eine Armee. Wir müssen unsre Grenzenverteidigen können. Krieg wollen wir nicht; ein Krieg wird auch niemals mehr kommen.. Den Krieg wollen nur die deutschen Nationalsozialisten. Wir werden auch in den Pickelhauben den Krieg verabscheuen.. Wir sind Pazifisten.."

Und er zittert vor Empörung, als ich ihm erzähle, dass es auch in der französischen Jugend noch viele kriegerische Elemente gibt. "Die Politik der Kapitalisten," sagt er mit leidenschaftlichem Hasse. "Spanien aber geht den Weg der Revolution."

Den Weg der Revolution? Ich denke an die Worte, die ich im spanischen sozialistischen Blatte gelesen habe: "Wir sind alarmiert."

Sophie Kramstyk.

SPD. Der Unersättliche.^x In jenen seligen Zeiten um die letzte Jahrhunde wende, als man die heute wieder üblich gewordene Polizeistunde noch nicht (oder nicht mehr) kannte, huldigten manche Leute, zumal aus der Welt der Kuns und Literatur, einem sogenannten "heiteren Lebensgenusse", dem wir heute nicht gerade mehr viel Geschmack abgewinnen können. Ein sehr sesshafter Zeche war auch der Dichter Otto Erich Hartleben. Einmal kneipte Hartleben in Berlin mit dem Theaterkritiker Heinrich Hart und andern Kumpanen die ganze Nacht hindurchbis 4 Uhr Morgens. Aber auch dann hatte der zechfrohe Otto Erich noch nicht genug. Ohne auf den Protest des sehr fleissigen literarischen Kollegen zu achten, schleppte er Hart zunächst noch in eine "Bierkirche", die, wie er wusste, um diese Zeit noch offen war. Von dort ging es weiter in ein Kaffeehaus, das Nachtbetrieb hatte. Allmählich war es 8 Uhr geworden und heller Tag. Da schlug dem Kritiker das Gewissen, und er verabschiedete sich endgültig von seinem trinkfesten Gefährten. Otto Erich aber legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte vorwurfsvoll: "So bist du nun: immer, wenn es gemütlich wird und man endlich in Stimmung kommt, hörst du auf."

So erzählt Heinrich Hart in seinen Erinnerungen an Hartleben.

SPD. Auf einen Schelmen anderthalbe.^x Ein Rechtsanwalt wollte einmal Mark Twain hänseln und sagte: "Neulich soll mal ein humoristischer Dichter in den Himmel gekommen sein. Die gesamten Bewohner des Himmels haben auf der Stelle beschlossen, ihn hinauszuerwerfen."

"Ja," sagte da Mark Twain, "davon habe ich auch gehört. Leider fand sich im ganzen Himmel kein Rechtsanwalt, der den Ausweisungsbefehl hätte ausschreiben können."

zieren wurde es freigestellt, sich pensionieren zu lassen. Und so ist alles. Es wird organisiert, und es wird gut organisiert. Die Armee bekommt ein Gesicht."

"Und das Leben der Soldaten?"

"Auch das kann man nicht vergleichen. Wir bekommen ganz anders zu essen; wir werden anders behandelt; wir haben unsre Turnräume, unsre Duschen, unsre Leseräume, viel mehr freie Zeit....."

"Also volle Zufriedenheit?"

"Das nicht. Einzelne Vorgesetzte lassen viel zu wünschen übrig. Das Leben in der Kaserne ist nach wie vor roh. Man lebt unter Analphabeten mit oft sehr groben Instinkten. Man verliert seine besten Jahre."

"Also Abschaffung der Armee?"

Er bleibt eine Zeit lang nachdenklich. "Abschaffung, nein. Weitere Reformen. Es gibt noch ungeheuer viel zu tun.. Aber wir brauchen eine Armee. Wir müssen unsre Grenzenverteidigen können. Krieg wollen wir nicht; ein Krieg wird auch niemals mehr kommen.. Den Krieg wollen nur die deutschen Nationalsozialisten. Wir werden auch in den Pickelhauben den Krieg verabscheuen.. Wir sind Pazifisten.."

Und er zittert vor Empörung, als ich ihm erzähle, dass es auch in der französischen Jugend noch viele kriegerische Elemente gibt. "Die Politik der Kapitalisten," sagt er mit leidenschaftlichem Hasse. "Spanien aber geht den Weg der Revolution."

Den Weg der Revolution? Ich denke an die Worte, die ich im spanischen sozialistischen Blatte gelesen habe: "Wir sind alarmiert."

Sophie Kramstyk.

SPD. Der Unersättliche.^x In jenen seligen Zeiten um die letzte Jahrhundertwende, als man die heute wieder üblich gewordene Polizeistunde noch nicht (oder nicht mehr) kannte, huldigten manche Leute, zumal aus der Welt der Kunst und Literatur, einem sogenannten "heiteren Lebensgenusse", dem wir heute nicht gerade mehr viel Geschmack abgewinnen können. Ein sehr sesshafter Zeche war auch der Dichter Otto Erich Hartleben. Einmal kneipte Hartleben in Berlin mit dem Theaterkritiker Heinrich Hart und andern Kumpanen die ganze Nacht hindurch bis 4 Uhr Morgens. Aber auch dann hatte der zechfrohe Otto Erich noch nicht genug. Ohne auf den Protest des sehr fleissigen literarischen Kollegen zu achten, schleppte er Hart zunächst noch in eine "Bierkirche", die, wie er wusste, um diese Zeit noch offen war. Von dort ging es weiter in ein Kaffeehaus, das Nachtbetrieb hatte. Allmählich war es 8 Uhr geworden und heller Tag. Da schlug dem Kritiker das Gewissen, und er verabschiedete sich endgültig von seinem trinkfesten Gefährten. Otto Erich aber legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte vorwurfsvoll: "So bist du nun: immer, wenn es gemütlich wird und man endlich in Stimmung kommt, hörst du auf."

So erzählt Heinrich Hart in seinen Erinnerungen an Hartleben.

SPD. Auf einen Schelmen anderthalbe.^x Ein Rechtsanwalt wollte einmal Mark Twain hänseln und sagte: "Neulich soll mal ein humoristischer Dichter in den Himmel gekommen sein. Die gesamten Bewohner des Himmels haben auf der Stelle beschlossen, ihn hinauszuerwerfen."

"Ja," sagte da Mark Twain, "davon habe ich auch gehört. Leider fand sich im ganzen Himmel kein Rechtsanwalt, der den Ausweisungsbefehl hätte ausschreiben können."
